

---

Zeitschrift des Fachbereichs  
**Verwaltungswissenschaften**

# Schlaglichter

---

**Ausgabe 01/2017**

**Themen**

---

Pilotprojekt „E-Government-  
Modellkommunen“ beendet

---

Digitale Lernplattform als  
Übungsplatz für wirkungsorientierte  
Verwaltungssteuerung

---

Neuer Master-Studiengang  
„Wirtschaftsförderung“

---

Start erster Kooperationsprojekte  
der Hochschulen für den  
öffentlichen Dienst

---



▲ **Hochschule Harz**

Hochschule für angewandte Wissenschaften

## Inhaltsverzeichnis

- 03 Editorial**
- 04 Kurzmeldungen**
- 04 Eröffnung der Fotoausstellung zur Israel-Exkursion ein Erfolg
- 05 Der Europäische Traum – Eine überholte Utopie?
- 06 35. Halberstädter Vorlesung mit Krimiautorin Kathrin R. Hotowetz
- 06 Impulse aus der kommunalen Praxis
- 07 Wissenstransfer von Studierenden zu Auszubildenden
- 08 Praktikums-Speed-Dating
- 09 Ausstellungseröffnung „Back to Rojava“
- 10 Prof. Dr. Birgit Apfelbaum weiterhin als Ausländerbeauftragte der Hochschule Harz tätig
- 11 Aus dem Fachbereich**
- 11 Erstsemesterbegrüßung Wintersemester 2016/2017
- 12 Pilotprojekt „E-Government-Modellkommunen“ beendet
- 16 Digitalisierung der Kommunen
- 18 Einführung der digitalen Ratsarbeit in der Stadt Ilsenburg (Harz)
- 20 Digitale Lernplattform als Übungsplatz für wirkungsorientierte Verwaltungssteuerung
- 21 Abschluss der Evaluation des Pilotprojekts » Planspiel Jugendkreistag – Ohne Jugend lässt sich der demografische Wandel nicht bewältigen.«
- 22 Neuer Master-Studiengang „Wirtschaftsförderung“ am Fachbereich
- 23 Angewandtes Forschungsprojekt „Die Vermessung der Wirtschaftsförderung“
- 24 Aus der Hochschule**
- 24 Vereinbarkeit von Studium, Beruf und Familie auf dem Prüfstand „audit familiengerechte hochschule“ an die Hochschule Harz verliehen
- 25 Erfolgreiche Kooperation mit renommierter Chinesisch-Deutscher Hochschule, Erneut Stipendien für hervorragende Leistungen an chinesische Austauschstudenten verliehen
- 26 Drei Prorektoren mit neuem Ressortzuschlag in der Hochschulleitung
- 27 Interview**
- 27 Sarah Blachney, B.A.
- 28 Christian Weber, B.A.
- 29 Dirk Heinemann, B.A.
- 30 Christopher Buß, B.A.
- 31 Forschung & Kooperation**
- 31 Hochschule knüpft Bande nach Russland
- 32 Besuch der Universität in Opava im November 2016
- 33 Besuch der International Days an der Mykolas Romeris University in Vilnius/Litauen
- 34 Erste konkrete Kooperationsprojekte der Hochschulen für den öffentlichen Dienst gestartet
- 35 Bachelor-Thema: Kommunale Bürgerhaushalte in der wissenschaftlichen Evaluation
- 36 Hochschule Kehl organisiert Forschungsworkshop
- 37 Otto zu Stolberg-Wernigerode: Der Sozialreformer aus dem Harz
- 39 In eigener Sache**
- 39 3. Praxismesse Zukunftsnetzwerk

Blick in die Bibliothek am Standort



Neueste Techniken im Labor für angewandte IT in der Wirtschaftsförderung am Halberstädter Campus



## Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

für den kleinen Fachbereich Verwaltungswissenschaften an der Hochschule Harz war das schon ein großer und bislang noch nicht dagewesener Auftritt im Bundespresseamt der Bundeshauptstadt Berlin. Und so waren die teilnehmenden Vertreter des Fachbereichs Mitte September letzten Jahres nicht wenig stolz darüber, dass sie den Abschluss des E-Government-Modellkommunen-Projekts, das eigens vom Bundesinnenministerium durchgeführt worden war, organisieren durften.

Doch neben diesem interessanten und gleichsam imagewirksamen Projektabschluss gab es natürlich wieder die vielfachen „kleineren“ Aktionen und Aktivitäten, die mindestens genauso wichtig für das aktuelle und zukünftige Image des Fachbereichs und der Hochschule sind.

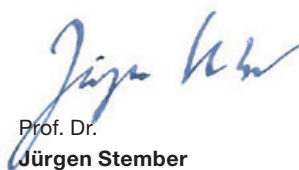
Neben den alltäglichen Problemen und Aktivitäten setzt sich derzeit jedoch ein anderer Aspekt schrittweise in den Fokus des Fachbereichs Verwaltungswissenschaften, nämlich, den Auftrag

im Koalitionsvertrag an das Ministerium für Inneres und Sport, die Umsetzung einer dualen Anwärterschaft für den ehemals gehobenen, nichttechnischen Verwaltungsdienst, zu prüfen.

Inwieweit sich dieser Auftrag und die ggf. danach erfolgenden Konsequenzen auf die Fachbereichs- und Hochschulentwicklung auswirken können, bleibt derzeit sowohl im positiven als auch im negativen Sinne abzuwarten. Doch spannend bleibt und wird es allemal. Wir werden in jedem Fall darüber berichten.

Viel Freude beim Lesen!

Herzliche Grüße Ihr



Prof. Dr.

**Jürgen Stember**

Dekan

jstember@hs-harz.de



## Eröffnung der Fotoausstellung zur Israel-Exkursion ein Erfolg

Studentische Exkursion innerhalb der Projektwoche \* Anne Herrmann

Am Mittwochabend, dem 12. Oktober 2016, wurde die Fotoausstellung zur studentischen Israel-Exkursion am Fachbereich Verwaltungswissenschaften der Hochschule Harz eröffnet. Im Rahmen der alljährlich im Sommersemester am Fachbereich stattfindenden Projektwoche zeigen die Studierenden Selbstinitiative, so auch in diesem Jahr. Eine studentische Gruppe von 16 Studierenden unter Leitung des Dozenten Holger Selig reiste nach Israel. Der „Study Trip“ wurde vom Master-Studierenden Kevin Otto organisiert, der diese Aufgabe bereits seit vier Jahren wahrnimmt. Die Fotoausstellung zeigt die Eindrücke der Studierenden in „beeindruckenden Fotografien und ausdrucksvollen Zitaten, die Israel mit seinen verschiedenen Facetten darstellen und ließen es so zu einer sehr gelungenen studentischen Ausstellung werden“, so Selig. Die Fotografien lassen das eng getaktete Wochenprogramm der Studierenden erahnen, zu dem u. a. der Besuch der Deutschen Botschaft in Tel Aviv, der Deutsch-Israelischen Industrie- und Handelskammer und Sehenswürdig-



keiten sowie das Kennenlernen von Kultur und Menschen zählten. Die Ausstellung „macht sofort Lust, selbst das Land zu bereisen. Insbesondere an trüben Herbsttagen empfiehlt sich ein Besuch, da die ausgewählten Bilder den Betrachter/innen in gute Stimmung versetzen und Fernweh bei ihnen hervorrufen“, so Selig. Bis zum

18. November 2016 war die Fotoausstellung für die Besucher/innen frei zugänglich.

**Bild (v.l.n.r.):** Studierende Kevin Otto, Stefan Apitz, Erik Meichler, Danny Keil, Anne Markschake, Ella Alpers, Holger Selig (Lehrbeauftragter für Europapolitik und Europarecht).

\* Anne Herrmann, LL.M.  
Beauftragte für Presse- und Öffentlichkeit am Fachbereich Verwaltungswissenschaften  
aherrmann@hs-harz.de

## Der Europäische Traum – Eine überholte Utopie?

### Bericht über eine Veranstaltung der Jungen Europäischen Föderalisten am Fachbereich Verwaltungswissenschaften \* Julia Enderwitz

Am 23.09.2016 veranstaltete die Hochschulgruppe der JEF in Zusammenarbeit mit der Europa Union Deutschland eine Filmvorführung mit anschließender Diskussion am Fachbereich Verwaltungswissenschaften.

Der Brexit und die erstarkende Rechte in vielen Mitgliedstaaten der EU stellen das Projekt „Europa“ zunehmend auf eine harte Probe. Standen jahrelang die wirtschaftlichen Vorteile der EU-Mitgliedschaft außer Frage, stellt die prekäre Wirtschafts- und Arbeitsmarktsituation verschiedener Staaten der Europäischen Union diesen Vorteil stark in Frage. Spardiktate und Handelsabkommen, die hinter verschlossenen Türen geschlossen werden, erzeugen ein Gefühl der Entdemokratisierung und des Souveränitätsverlustes. Der Wunsch nach starken Nationalstaaten, die das undurchsichtige

Politikgeflecht auf europäischer Ebene begrenzen, wird deshalb an vielen Stellen größer.

An diesem Punkt knüpft der Film „The Great European Disaster“ an und zeigt ein Europa nach dem Zerfall der Europäischen Union. Während eines turbulenten Fluges erklärt der englische Archäologe Charles Granda der 8-jährigen Jane, wie es dazu kommen konnte, um diese von den Turbulenzen abzulenken. In sequenzartigen Rückblenden werden die Ursachen des Scheiterns der Europäischen Union nach und nach beleuchtet. Der Film endet mit einem symbolischen Flugzeugabsturz, der wohl den drohenden Untergang des Projektes Europa symbolisieren soll.

Im Anschluss an die Filmvorführung wurde eine offene Diskussion mit dem Publikum

geführt. Die zentrale Frage war dabei: Ist das europäische Projekt zum Scheitern verurteilt? Die angeschnittenen Themen reichten dabei von den Möglichkeiten der demokratischen Beteiligung der Bevölkerung bis zu den Gründen, weshalb immer mehr Bürger sich verstärkt den rechten Populisten zuwenden. Darüber hinaus wurde thematisiert, welche strukturellen Veränderungen die Europäische Union vornehmen müsste, um zukünftig auftretende Probleme schnell und transparent zu lösen sowie welche direktdemokratischen Instrumente für eine größere Akzeptanz des europäischen Föderalismus sorgen könnten. Bereichernd für die Diskussion war dabei der unterschiedliche Erfahrungshintergrund des Publikums, welches aus Teilnehmern diverser Alters- und Berufsgruppen sowie Teilnehmern aus verschiedenen Herkunftsländern bestand.

---

\* Studierende Julia Enderwitz  
Studiengang Öffentliche Verwaltung  
u28502@hs-harz.de

## Eine spannende Lesung mit Krimiautorin Kathrin R. Hotowetz

### Vorstellung der Bücherreihe „Im Schatten der Hexen“ im Rahmen der 35. Halberstädter VorLesung \* Zehra Senol

Am 16. November 2016 fand in der Hochschule Harz am Fachbereich Verwaltungswissenschaften die 35. Halberstädter VorLesung statt. Im Rahmen der einstündigen Veranstaltung war Krimiautorin Kathrin R. Hotowetz zu Gast in der Bibliothek und präsentierte ihre Bücherreihe „Im Schatten der Hexen“. Das Besondere an den Büchern der Krimiautorin ist, dass ihre Geschichten auf alten Sagen und Legenden aus dem Harz beruhen. Insgesamt schrieb die Krimiautorin fünf Teile, zu denen sie in der 35. Halberstädter VorLesung jeweils eine kurze und spannende Zusammenfassung vermittelte. Der Hauptcharakter in ihren Werken ist Baptistin Johanna, deren Kräuterkenntnisse in der Geschichte sehr gefragt sind. Obwohl Johanna der Kirche angehört, ist sie gegen Religion und Kirche und hat etwas begangen, was ihr nicht verziehen werden konnte. Ursprünglich plante die Krimiautorin nur vier Teile ihrer Bücherreihe, jedoch fand sie an einem Wandertag im beschaulichen Quesenberg ihre Inspiration für den fünften Teil der Bücherreihe. Zum Ende der Veranstaltung erhielten die Gäste eine spannende Leseprobe aus Ihrem fünften Teil der Bücherreihe. Für all diejenigen, die von ihren Büchern nicht genug bekommen können, wird es im August 2017 eine Theateraufführung zum ersten Teil geben.



**Bild:** Autorin Kathrin R. Hotowetz in der Bibliothek.

\* Studierende Zehra Senol  
Studiengang Öffentliche Verwaltung  
u29759@hs-harz.de

## Impulse aus der kommunalen Praxis

### Ratspräsident der Stadt Wernigerode zu Gast \* Anne Herrmann

Gastvortrag des Ratspräsidenten der Stadt Wernigerode sowie Online-Besuch der Ratssitzung der Stadt Wolfsburg, der Partnerstadt Halberstadts

Das theoretisch erlernte Wissen in der Praxis anzuwenden ist eine Herausforderung für alle Studierenden! Die Studierenden der Studiengänge Öffentliche Verwaltung und Verwaltungsökonomie hatten im Rahmen der Lehrveranstaltung zum Modul „Kommunale Verwaltung und Wirtschaft“ unter Leitung von Frau Herrmann, LL.M., am 07. Dezember 2016 die Möglichkeit, an einer Ratssitzung der Stadt Wolfsburg als Partnerstadt Halberstadts gemäß Partnerschaftsvertrag vom 24. Oktober 1989 online teilzunehmen, um den Ablauf einer Sitzung, das Handeln der Ratsmitglieder sowie der Bürger/innen in der kommunalen Praxis zu erleben. Die zuvor behan-

delte Theorie konnte so in der praktischen Umsetzung von den Studierenden verfolgt werden.

Zur weiteren Vertiefung des kommunalen Geschehens fand am 23. November 2016 ein Gastvortrag des Ratspräsidenten der Stadt Wernigerode, Herrn Uwe-Friedrich Albrecht, statt. Er sprach in seinem Vortrag über das kommunale Ehrenamt, die Zusammenarbeit der auf kommunaler Ebene handelnden Akteure sowie die Aufgaben eines Ratspräsidenten, zu der die „überfraktionelle Ausgleichsfunktion zwischen den Fraktionen im Besonderen zählt“, so Herr Albrecht. Durch die Darlegung der Vielzahl von praktischen Gegebenheiten machte er den kommunalen Alltag für die Studierenden erlebbar und nachvollziehbar. Dem Vortrag schloss sich eine Fragestunde an.



Im Fokus beider Aktivitäten steht die Verzahnung von Theorie und Praxis. Es wäre wünschenswert, wenn mehr Studierende von diesen gebotenen Möglichkeiten im eigenen Interesse Gebrauch machen würden, um ihre Kenntnisse zu festigen und zu vertiefen.

**Bild:** Herr Uwe-Friedrich Albrecht, Ratspräsident der Stadt Wernigerode.

\* Anne Herrmann, LL.M.  
Beauftragte für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit am Fachbereich Verwaltungswissenschaften  
aherrmann@hs-harz.de

## Wissenstransfer von Studierenden zu Auszubildenden

### Berufsbildende Schule „Geschwister Scholl“ zu Besuch am Fachbereich Verwaltungswissenschaften \* Maria-Stephanie Zobel

Das Studium des öffentlichen Rechts und spezifischer Verwaltungsvorschriften ist für beide essentiell. Aber auch die Lehre im Privatrecht. Denn das BGB hilft, sich in der Rechtsanwendung zu trainieren.

15 Auszubildende der Halberstädter Berufsschule „Geschwister Scholl“ besuchten am 11.11.2016 das BGB-Seminar von Prof. Dr. André Niedostadek der Hochschule Harz. Gemeinsam mit Studierenden des ersten Semesters lernten die Auszubildenden die schuldrechtlichen Grundlagen und Feinheiten des bürgerlichen Rechts kennen.

Prof. Dr. Niedostadek verstand es mit Witz, Alltagssituationen und popkulturellem Klatsch die Aufmerksamkeit der jungen Studierenden und Auszubildenden zu gewinnen. „Sie sehen, dass BGB bietet so viel: Selbstverteidigung, Bienenrecht und und und. Das eignet sich also auch für eine gute Nachtlektüre.“ Ihm gelang es, das angeblich trockene Gebiet der Rechtswissenschaft mit interessanten Fallkonstellationen zu beleben und regte damit die Teilnehmenden zum aktiven Mitdenken an. Die Schuldverhältnisse werden jedem dadurch erinnerbar im Gedächtnis bleiben – nicht nur für die Klausur, sondern vor allem für die spätere Berufsrealität.



Ein weiterer Lerneffekt stellte sich auch auf sozialer Ebene ein. Denn die aktive Mitarbeit beider Seiten führte zu der Erfahrung, dass man in Zusammenarbeit die gesetzlichen Normen verstehen lernen kann, wenn die Wissensgrundlage dieselbe ist. Eine solche gemeinsame Basis ist später dann Voraussetzung für die Kooperation von Beschäftigten unterschiedlicher Ausbildungsniveaus. Und damit sind solche Wissenstransfers für ein effizientes Arbeiten im öffentlichen Dienst zukunftsweisend.

Auf Anfrage der Berufsschullehrerin Anne-Katrin Eggert wurde das Co-Seminar initiiert. Der Fachbereich Verwaltungswissenschaften steht für einen solchen Wissensaustausch gern wieder zur Verfügung.

**Bild:** Das BGB – die Lektüre sowohl für Verwaltungsfachangestellte in der Ausbildung als auch Studierende des ersten Semesters des Fachbereichs.

\* Studierende Maria-Stephanie Zobel  
Studiengang Verwaltungswissenschaften  
u29566@hs-harz.de



## Hochschulgezwitscher



**Hochschule Harz**

@HS\_Harz ·

15. Dezember 2016

Neuer Rektor an der #HSHarz: Prof. Dr. Folker Roland gestern im 1. Wahlgang gewählt. Amtszeit beginnt am 1.02.2017 [bit.ly/2hB7InR](https://bit.ly/2hB7InR)



**Hochschule Harz** @HS\_Harz · 18. Okt. 2016

Festakt „25 Jahr Hochschule Harz“ im Festsaal der Mensa auf dem Wernigeröder Campus, Retrospektive mit knapp 300 Gästen. #HSHarz



## Praktikums-Speed-Dating

Studierende lockten mit „Insiderwissen“ \* Madeleine Deutsch

Am 09.12.2016 fand in den Räumlichkeiten der Hochschule Harz, am Fachbereich Verwaltungswissenschaften erneut ein „Praktikums-Speed-Dating“ ganz nach dem Motto „Von Studierenden für Studierende“ statt.

Im Rahmen des semesterübergreifenden Projektes „Optimierung der Praktikumsinformationen“ haben Studierende des 5. Semesters unter der Leitung von Frau ORR'in Simone Hütter ein „Praktikums-Speed-Dating“ organisiert.

Bei der Veranstaltung wurden insgesamt über 40 unterschiedliche Praktikumsstellen aus ganz Deutschland vorgestellt. Ziel dabei war es, den Studierenden, primär der ersten drei Semester, die Erfahrungen, welche in den bisher absolvierten Praktika gesammelt wurden, zu vermitteln. Die Besucher des „Praktikums-Speed-Datings“ hatten die Möglichkeit, durch Einzelgespräche ausführliche Beratung, Informationsmaterialien einzelner Behörden und vor allem „Insiderwissen“ aus den einzelnen Praktika zu erhalten. Des Weiteren wurden alle Fragen rund um das Thema Praktikum beantwortet. Dazu zählten neben Informationen zu den Praktikumsstellen selbst auch Aspekte über die Organisation und



den Bewerbungsprozess der Praktika. Darüber hinaus wurden viele Unklarheiten zum Studium allgemein und zu den zu absolvierenden Prüfungsleistungen beseitigt. Anhand der Besucherauswertung ließ sich feststellen, dass die anwesenden Teilnehmer mit den erlangten Informationen sehr zufrieden waren und vor allem die ausführliche und zeitintensive Beratung sehr zu schätzen wussten. Aufgrund dieser positiven Rückmeldungen und der stets bestehenden Unklarheiten bezüglich der

Praktika sollte die Veranstaltung „Praktikums-Speed-Dating“ am Fachbereich Verwaltungswissenschaften auch weiterhin regelmäßig angeboten werden.

**Bild:** Organisatoren des „Praktikums-Speed-Datings“.

\* Studierende Madeleine Deutsch  
Studiengang Verwaltungswissenschaften  
u30425@hs-harz.de



## Ausstellungseröffnung „Back to Rojava“

### Fotoausstellung zeigt die aktuelle Lage Syriens \* Zehra Senol

Am Dienstagabend, dem 06.12.2016, fand die Vernissage zur Fotoausstellung „Back to Rojava“ in den Räumlichkeiten des Halberstädter Campus der Hochschule Harz statt. Dort eröffnete der Menschenrechtsreferent und Autor Herr Dr. Thomas Seibert, der für die Hilfsorganisation medico international arbeitet, die Ausstellung mit Worten über die aktuelle Lage Syrien.

Medico international versucht, mit Hilfe von Spenden Menschen vor Ort mit wichtigen Medikamenten, Lebensmittelpaketen sowie mit dem Aufbau zerstörter Häuser und Krankenhäuser zu unterstützen.

Teilnehmer der Ausstellungseröffnung war ebenfalls Baker Abbas, der vor zehn Monaten aus Kobane nach Deutschland kam. Ihm zufolge spiegeln die Bilder die aktuelle Lage Syriens sehr gut wieder.



1

Falls Sie sich über die Hilfsorganisation medico international weiter informieren möchten, finden Sie alle relevanten Daten auf der Internetseite

<https://www.medico.de/back-to-rojava-16301/>.



2

**Bild 1 (v.l.n.r.):** Dr. Thomas Seibert, Pressesprecher von medico international und Baker Abbas im Austausch.

**Bild 2 (v.l.n.r.):** Olivia Pious Boutros Shaaya, Studierende des Studienganges Öffentliche Verwaltung, im Gespräch mit Dr. Thomas Seibert, Pressesprecher von medico international.

\* Studierende Zehra Senol  
Studiengang Öffentliche Verwaltung  
u29759@hs-harz.de



## Hochschulgezwitscher



Hochschule Harz hat retweetet

**Christian Reinboth** @reinboth · 16. Nov. 2016

Interview mit Prof. Roland von der @HS\_Harz: „Berufliche Fortbildung und #Studium sind für uns kein Widerspruch.“ [hs-harz.de/studium/weiter...](https://hs-harz.de/studium/weiter...)



**Hochschule Harz** @HS\_Harz · 9. Jan

#repaircafe in @wernigerode\_de startet ins 2. Jahr.

AG Nachhaltige #HS\_Harz zieht Bilanz: [bit.ly/2jpkK8o](https://bit.ly/2jpkK8o).

Nächste Termine: 28.1.&22.2.



## Prof. Dr. Birgit Apfelbaum weiterhin als Ausländerbeauftragte der Hochschule Harz tätig

Frau Prof. Dr. Birgit Apfelbaum, Professorin für Kommunikations- und Sozialwissenschaften an der Hochschule Harz, wurde wieder als Ausländerbeauftragte vom Akademischen Senat der Hochschule durch einstimmige Wahl bestätigt. Das ist als positives Zeichen und entsprechende Anerkennung für ihre bisher geleistete Arbeit zu sehen.

Als Ausländerbeauftragte ist sie Vertrauensperson und Ansprechpartner für die ausländischen Studierenden und Beschäftigten der Hochschule Harz an den Standorten Halberstadt und Wernigerode. Sie wirkt insbesondere bei der Organisation der Studien- und Arbeitsbedingungen dieser Gruppe mit und bietet in Kooperation mit dem Akademischen Auslandsamt Unterstützung und Beratung u.a. für Bildungsausländer, Menschen mit doppelter Staatsbürgerschaft oder anderen individuellen Formen von Migrationshintergrund, z.B. beim Umgang mit Behörden und Einrichtungen auf kommunaler Ebene.

Frau Prof. Dr. Apfelbaum möchte in ihrer Funktion dazu beitragen, die im Leitbild der Hochschule verankerte weltoffene Haltung und internationale Ausrichtung nachhaltig mit Leben zu erfüllen und den Integrations-

auftrag der Hochschulen zukunftsorientiert umzusetzen:

Mitglieder und Angehörige der Hochschule mit ausländischen Wurzeln sollen sich wohlfühlen, gut studieren, arbeiten und leben können, aber auch generell ein Klima von gegenseitiger kultureller Akzeptanz und Respekt erfahren. Ziel ist eine nachhaltige Erhöhung von Internationalität und interkultureller Vielfalt in Lehre, Forschung und akademischer Studien- bzw. Arbeitswelt.

Im Verbund mit externen Partnern in Kommunen, Landkreisen und dem Land Sachsen-Anhalt (Landesbehörden, -ministerien, freie Träger) wirkt die Ausländerbeauftragte daran mit, im Sinne einer Willkommenskultur die Servicestrukturen zur Betreuung ausländischer Gäste effizient weiter zu entwickeln und zur interkulturellen Öffnung der Regelangebote der Hochschule beizutragen.

Für persönliche Gespräche steht Frau Prof. Dr. Apfelbaum gern nach vorheriger Vereinbarung unter der Telefonnummer 03943 659-435 oder per E-Mail unter [bapfelbaum@hs-harz.de](mailto:bapfelbaum@hs-harz.de) zur Verfügung.



**Bild:** Prof. Dr. Birgit Apfelbaum, Professorin für Kommunikations- und Sozialwissenschaften an der Hochschule Harz.

## Begrüßung der Erstsemester am Standort Halberstadt der Hochschule Harz

Beginn des Wintersemesters 2016/2017 \* Anna Lücke



**Am Mittwoch, dem 14. September 2016, konnte der Fachbereich Verwaltungswissenschaften 190 Erstsemester auf dem Campus am Halberstädter Domplatz begrüßen.**

Der amtierende Rektor der Hochschule Harz, Prof. Dr. Folker Roland, begrüßte die Studierenden am Fachbereich und wünschte ihnen für die Studienzeit viel Erfolg. Auch der Oberbürgermeister der Stadt Halberstadt, Andreas Henke, hieß die Erstsemester herzlich in Halberstadt willkommen und betonte vor allem die 1.200-jährige Historie der Stadt, die den Studierenden, trotz einiger Defizite im Freizeitbereich, einen attraktiven Studienort bieten könne. Stadt und Hochschule könnten in vielen Bereichen voneinander profitieren, sei es in Bezug auf Praktika oder der gemeinsamen Durchführung von Projekten. Abschließend wünschte er den Studierenden viel Spaß und Erfolg bei der Bewältigung der

neuen Anforderungen.

Prof. Dr. Jürgen Stember, Dekan des Fachbereichs Verwaltungswissenschaften, gab den Studierenden einen Ausblick, welche Herausforderungen und Chancen später auf dem Verwaltungsmarkt auf sie warten. Vorteile ergeben sich für die Studierenden insbesondere durch die Erlangung des Doppelabschlusses bei den Studiengängen Verwaltungsökonomie und Öffentliche Verwaltung. Er ermunterte sie auch, sich durch die Beteiligung an Projekten und Kommissionen der Hochschule von der Masse ab- und sich hervorzuheben. Wichtig wäre es, zu studieren, nicht studiert zu werden.

Im Anschluss stellte Brian Kearney die Fremdsprachenlabore vor und welche Bedeutung diese für das Studium hätten. Nicht nur der Sprachaustausch spiele eine große Rolle, sondern insbesondere die Möglichkeit zum Austausch zwischen den Kulturen,

für welchen sich die Hochschule ebenso engagiert. Neben den bestehenden Angeboten Englisch, Spanisch und Französisch bietet das Sprachenzentrum seit neuestem auch einen Einsteigerkurs für Arabisch. Regina Bernhardt, Behindertenbeauftragte der Hochschule, zeigte den Studierenden Möglichkeiten der Hilfe bei Einschränkungen und Behinderungen auf.

Den Abschluss der Veranstaltung übernahm der Fachschaftsrat. Nach seiner Vorstellung leitete dieser die Erstsemesterbegrüßung zum aktiven Teil des Tages über und unternahm mit den neuen Studierenden eine Hausführung und eine Stadtrallye mit anschließendem Grillen. Den Abend ließen alle bei der Erstsemesterparty ausklingen.

**Bild:** Erstsemester des Jahrganges 2016/2017.

\* Studierende Anna Lücke  
Studiengang Verwaltungsökonomie  
u29119@hs-harz.de

## **Pilotprojekt „E-Government-Modellkommunen“ durch die wissenschaftliche Begleitung des Fachbereichs Verwaltungswissenschaften erfolgreich beendet**

### **Erstmalige Zusammenarbeit des Fachbereichs Verwaltungswissenschaften der Hochschule mit dem Bundesministerium des Innern, Berlin. \* Jürgen Stember**

**Am 22. September 2016 lud das Bundesinnenministerium sowie der Fachbereich Verwaltungswissenschaften der Hochschule Harz zur Abschlussveranstaltung des bundesweiten Pilotprojektes „E-Government-Modellkommunen“ in das Bundespresseamt nach Berlin ein. Für den Fachbereich Verwaltungswissenschaften nahm der Dekan, Prof. Dr. Jürgen Stember, an dieser Veranstaltung teil. Besonders erfreulich war für den Veranstalter, dass über 140 Gäste der Einladung gefolgt waren, um der interessanten Veranstaltung beizuwohnen.**

Am Donnerstag, dem 22. September 2016, fand die Abschlussveranstaltung zum bundesweiten Projekt „E-Government-Modellkommunen“ im Bundespressehaus in Berlin statt. Gemeinsam hatten das Bundesinnenministerium und der Fachbereich Verwaltungswissenschaften der Hochschule Harz zu dieser fachlich bedeutsamen Veranstaltung eingeladen, die das Projekt offiziell abschließen sollte.

Herr Staatssekretär Klaus Vitt vom Bundesministerium des Innern lenkte mit seinen Eröffnungsworten den Blick auf die aktuelle E-Government-Landschaft in Deutschland, vor allem aber auf die zukünftig anstehenden Projekte des Ministeriums. Nicht zuletzt wies er auf die besondere Bedeutung der Modellprojektphase hin und bedankte sich bei allen Beteiligten sowie den Veranstaltern. Im Anschluss folgten die Grußworte der ebenfalls beteiligten kommunalen Spitzenverbände von Franz-Reinhard Habel, Sprecher des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Dr. Kay Ruge, Beigeordneter des Deutschen Landkreistages und Dr. Hanna Sommer, Deutscher Städtetag, die die besondere Bedeutung von Modellkommunen heraus hoben.

Die Vorstellung der Ergebnisse aus der fast zweijährigen Modellkommunen-Arbeit war Prof. Dr. Jürgen Stember als wissenschaftlicher Begleiter vorbehalten. „E-Government

ist sicherlich eine schwierige und komplexe Aufgabe, doch als Herausforderung für die eigenen Organisationen zu sehen, um die gegenseitige Akzeptanz der Akteure, die Strategie- und Projektplanung sowie die Kooperativität zwischen den Verwaltungsebenen zu verbessern“, so Stember.

Als kreatives Ergebnis wurde durch Matthias Neutzner von der Syncwork AG aus Dresden ein „Kochbuch für das kommunale E-Government“ („Ein Praxisleitfaden als Impuls für kooperative Verwaltungsentwicklung“) vorgestellt, das ebenfalls wie der Gesamtprojektbericht auf den Seiten des Bundesinnenministeriums zum Download bereit steht.

Darüber hinaus lädt das Ministerium zu weiteren Diskussionen unter

<http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2016/09/modellkommune-e-government.html>

ein.

Die insgesamt acht Modellkommunen, zu denen der Landkreis Cochem-Zell, die Städte Gütersloh, Düren, Norderstedt, Halle (Saale), der Ortenaukreis, der Heidekreis sowie die Bewerbungsgemeinschaft Ibbenbüren zählten, bilanzierten ihre Modellkommunen-Arbeit in jeweiligen kurzen Statements, was unter Moderation von Prof. Dr. Jürgen Stember auch zu einer lebendigen Podiumsdiskussion führte.

Das zentrale Ziel des Projektes „Modellkommune E-Government“ und der einzelnen Modellkommunen bestand darin, die Digitalisierung deutscher Verwaltungen voranzutreiben, die derzeitigen Rahmenbedingungen auf ihre Praxistauglichkeit zu testen, Potenziale auf kommunaler Ebene auszuschöpfen und innovative Projekte umzusetzen. Das Projekt sollte vor allem praktische Lösungen und Erfahrungen im kommunalen Kontext hervorbringen, die dazu in der Lage sind, auch durch andere Kommunen erfolgreich übernommen und verwertet zu werden (Wissens- und Know-How-Transfer).

In der ersten Bewerbungsrunde im Oktober 2013 waren die Städte Düren und

Gütersloh sowie der Landkreis Cochem-Zell ausgewählt worden (1. Staffel). In der zweiten Bewerbungsrunde des Pilotvorhabens Modellkommune E-Government (2. Staffel) wurden die Städte Halle (Saale), Ibbenbüren und Norderstedt sowie der Heidekreis und der Ortenaukreis ergänzend ausgewählt. Die Modellkommunen wurden nach zahlreichen Bewertungskriterien, u. a. Breitenwirkung, Prozessoptimierung, Kooperationsbereitschaft, Adressatenorientierung, Messbarkeit und Ebenen übergreifender Herangehensweise bewertet.

Das Modellvorhaben brachte insgesamt zwei abschließende Ergebnisdokumente<sup>1</sup> hervor:

- einen strukturierten Projektbericht, der alle Aspekte der Modellphase beinhaltet und
- eine Anleitung für Praktiker als erstes „Transferergebnis“ mit dem Titel „Wie kommunales E-Government dennoch gelingt. Ein Kochbuch für Praktiker“.

Vor allem die motivierende und sehr plastische und gleichwohl zutreffende Metaphorik eines Kochbuches wurde von den Beteiligten sehr positiv aufgenommen. Die Inhalte und dort vertiefenden Allegorien zeigen sich besonders deutlich in der neunstufigen Gliederung und verweisen besonders auf den zu erwartenden praktischen Nutzen:

- Appetit machen – E-Government-Beispiele,
- Von der Kochkunst – E-Government möglich machen,
- Der Speiseplan – E-Government planen,
- Die Küche einrichten – E-Government organisieren,
- Von Quirl bis Herd – E-Government vorbereiten,
- Die Gerichte – E-Government-Vorhaben praktisch,
- Zubereitungstipps – E-Government-Kniffe,
- Hat’s geschmeckt? – E-Government evaluieren,
- Gemeinsam kochen – E-Government kooperativ gestalten.

1



**Grafik:** Modellkommune Logo.

Die Besonderheit des „E-Government-Kochbuches“ ist es jedoch, dass es sich als „ersten Aufschlag“ versteht. In diesem Sinne bedarf es nicht nur einer weiteren Bearbeitung, sondern möchte als Grundlage für eine umfangreiche und praxisnahe Erweiterung verstanden werden. Deshalb wurde ein moderiertes Diskussionsportal auf den Seiten

[www.demografie-portal.de/Kochbuch\\_Kommunales\\_E-Government](http://www.demografie-portal.de/Kochbuch_Kommunales_E-Government)

aufgebaut, um hier alle künftigen Bewertungen, Anmerkungen und Fragen bündeln und später einbauen zu können.

In dem Projektbericht wurden nicht nur die umfangreichen Erfahrungen, sondern auch die Erfolge und Ratschläge der Modellkommunen bilanziert. Dass es neben den vielen Projekterfolgen natürlich aber auch Rückschläge und Probleme sowie einige zum Teil bis heute nicht gelöste Schwierigkeiten gab, versteht sich von selbst. So hat sich in der Bewertung durch die Modellkommunen folgendes Ranking der Probleme und Hürden ergeben:

- Probleme in der internen Kommunikation, in der Kooperation und bei der Gestaltung interner Prozesse,
- Probleme bei der Mitarbeiterakzeptanz,
- Schwierigkeiten bei der Kooperation der Verwaltungen untereinander (G2G),
- Problem mit den Kosten der Digitalisierung,



2



**Bild 1:** Eröffnung der Veranstaltung durch den Dekan des Fachbereichs Verwaltungswissenschaften, Prof. Dr. Jürgen Stember.

**Bild 2:** Vorstellung des Kochbuches für kommunales E-Government durch Matthias Neutzner, Syncwork AG aus Dresden.

- Schwierigkeiten durch unterschätzten Zeit- und Arbeitsaufwand,
- Problem mit komplizierten gesetzlich Vorgaben sowie
- Schwierigkeiten mit der externen Akzeptanz von digitalen Verfahren durch die Bürger oder die Wirtschaft.

Seitens der Modellkommunen wurden aber auch eine Fülle von Ideen gesamt

und Ansätze ausprobiert, wie man die o. g. Probleme erfolgreich bewältigen und Hürden überwinden kann. Beeindruckend sind zum einen die Vielfalt der Ansätze und zum anderen natürlich die konkreten Ausgestaltungen, die nicht zuletzt auch zu den Erfahrungen und Empfehlungen führen. Genauso wie die Probleme und Hürden hängen natürlich auch die Ansätze zu ihrer Überwindung oftmals eng zusammen



und sind teils schwierig oder gar nicht zu trennen. Hier haben die Modellkommunen sehr deutlich gemacht, woran es derzeit noch hakt und woran man noch viel arbeiten muss:

- An den Umsetzungsmöglichkeiten in der eigenen Organisation,
- an der zum Teil fehlenden Akzeptanz der Mitarbeiter und Führungskräfte, aber auch zum Teil der Bürger,
- an der teils mangelnden professionellen Strategie- und Projektplanung sowie
- an der unzureichenden Kooperation der Verwaltungsebenen untereinander.

So konnten auf dieser Basis sowohl die Lösungsansätze als auch die Empfehlungen sehr gut herausgearbeitet und auch für andere Verwaltungen im Sinne des Wissenstransfers über das beschriebene „Kochbuch“ verfügbar gemacht werden.

Die zentralen Empfehlungen und Tipps der Modellkommunen konzentrierten sich im Wesentlichen auf drei wichtige Bereiche:

- Dem strategischen Vorgehen und dem professionellen Projektmanagement und der Projektplanung,
- der externen Kooperationen und Kommunikation zwischen den Verwaltungen (G2G) sowie
- der internen Kooperation und Akzeptanzförderung.





Die erfolgreichen Arbeiten der Modellkommunen in den letzten drei Jahren haben in beeindruckender Weise gezeigt, dass E-Government trotz vieler, nicht gerade idealer, Rahmenbedingungen dennoch gelingen kann. Und dies ist auch gleichzeitig Motto und Titel des „E-Government-Kochbuches“. Nicht zuletzt muss die positive Projektdynamik ebenfalls nochmals deutlich hervorgehoben werden. Den Modellkommunen ist es nicht nur fachlich gelungen, die Ziele zu erreichen, sondern auch geglückt, ein echtes Erfahrungs- und Lern-Netzwerk entstehen zu lassen. Die intensiven Arbeiten in den Workshops standen stellvertretend für die hohe Motivation, etwas zu erreichen und erfolgreich zu sein. Und dass die Modellkommunen ihre über die Projektlaufzeit gewachsene Zusammenarbeit als ein mittlerweile verbindlich untersetztes Netzwerk fortsetzen wollen, ist ein weiterer Beleg für den Geist und Erfolg des Gesamtprojektes.

**Bild 3:** Offene Diskussionsrunde zur den Erfahrungsberichten.

**Bild 4 (v.l.n.r.):** Prof. Dr. Jürgen Stember, Dekan des Fachbereichs Verwaltungswissenschaften der Hochschule Harz, mit Henning Schulz, Bürgermeister der Stadt Gütersloh, Petra Rothkranz, Stadt Düren, Olaf Neumann, Ortenaukreis und Manfred Schnur, Landrat des Landkreises Cochem-Zell, bei der Ergebnispräsentation des bundesweiten Pilotprojekts „E-Government-Modellkommunen“ im Bundespresseamt Berlin Ende September.

**Bild 5:** Beantwortung der Fragestellung von Interessierten im Rahmen der offenen Diskussionsrunde.

**Bild 6:** Erste Erfahrungsaustausche vor Ort.

**Bild 7 (v.l.n.r.):** Team des Fachbereichs Verwaltungswissenschaften der Hochschule Harz: Christin Klähn, wissenschaftliche Mitarbeiterin, Corinna Franke, Dekanatsassistentin, Hei-drun Raabe, Dekanatssekretärin, Prof. Dr. Jürgen Stember, Dekan des Fachbereichs Verwaltungswissenschaften und Emanuel Hesse, wissenschaftlicher Mitarbeiter.

7



\* Prof. Dr. Jürgen Stember  
Professur für Verwaltungswissenschaften  
jstember@hs-harz.de

<sup>1</sup> Beide Dokumente stehen auf den Seiten des Bundesinnenministeriums zum Download bereit: Bundesministerium des Innern (2017): IT und Netzpolitik, E-Government unter <http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2016/09/modellkommune-e-government.html>, Zugriff am 17.01.2017.

## Digitalisierung der Kommunen

### Ergebnisse eines Studienprojekts zur Einführung einer elektronischen Rechnungsbearbeitung in Kommunen

**Die elektronische Bearbeitung von Rechnungen wurde von der ehemaligen Chief Information Officer der Bundesregierung, Claudia Rogall-Grothe, als „Meilenstein des E-Governments in Deutschland und Europa“ bezeichnet. Durch die Digitalisierung könnten Aufwände zur Bearbeitung von Rechnungen um nahezu 80% reduziert und zusätzlich Tonnen von Papier eingespart werden, so die einschlägigen Prognosen. Folgerichtig verpflichtet die EU-Richtlinie 2014/55/EU alle öffentlichen Auftraggeber, elektronische Rechnungen anzunehmen und die elektronische Verarbeitung von Rechnungen bis 2020 als vorherrschende Methode einzuführen. Mit dem E-Governmentgesetz und dem Steuervereinfachungsgesetz sind wesentliche Grundlagen für die Umsetzung in deutschen Verwaltungen geschaffen. Es liegt also nahe, der Frage nachzugehen, wie eine typische deutsche Kommune ihre Rechnungsbearbeitung digitalisieren könnte.**

In einem einjährigen Projekt haben Studierende des Masterstudiengangs Public Management am Fachbereich Verwaltungswissenschaften der Hochschule Harz, gemeinsam mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Haldensleben (ca. 20.000 Einwohnerinnen und Einwohner) und mit Unterstützung der KITU eG daran gearbeitet, die notwendigen Veränderungen bei der Implementierung eines elektronischen Kreditoren-Workflows zu verstehen, ein Vorgehensmodell zu entwickeln und den Nutzen einer elektronischen Rechnungsbearbeitung abzuschätzen. Dazu wurden nicht nur die Prozesse und Strukturen in der Stadtverwaltung Haldensleben im Detail untersucht, sondern auch drei weitere Kommunen zu ihren Erfahrungen bei der Einführung entsprechender Lösungen befragt und umfangreiche Literatur ausgewertet.

Referenz für das Projekt war dabei ein möglicher zukünftiger Prozess, in dem Papierrechnungen bei Eingang in der Verwaltung gescannt und dann ausschließlich elektronisch – in diesem Fall mit der Software newsystem der Axians Infoma GmbH –

weiterverarbeitet werden; selbstverständlich ließen sich mit diesem Prozess auch elektronische Rechnungen der üblichen Standards medienbruchfrei verarbeiten.

#### Nutzen

Prozessmodellierung und Zeitmessungen im Rahmen teilnehmender Beobachtungen in Haldensleben ergaben für den konventionellen Papier-Prozess eine durchschnittliche Netto-Gesamtbearbeitungszeit von ca. 10 Minuten für Rechnungen ohne Prüfung durch das Rechnungs-Prüfungsamt und zeitlichen Aufwand für die Anlagenbuchhaltung. Auf Basis der Arbeitsplatzkostentabelle der KGSt ergeben sich Bearbeitungskosten von ca. 6,50 € pro Rechnung, mithin, bei ca. 25.000 Rechnungen Gesamtkosten für die Rechnungsbearbeitung von mindestens 160.000 € p.a.

Durch sinkenden zeitlichen Aufwand für die manuelle Erfassung und Prüfung von Rechnungsdaten, die Reduzierung von Wegzeiten und verschiedene Optimierungen des Gesamtprozesses und verbesserte Recherchemöglichkeiten, ergaben sich für den Referenzprozess mögliche Einsparungen von maximal ca. 30% des zeitlichen Aufwands. Eine Wirtschaftlichkeitsanalyse wurde mit Hilfe der Kapitalwertmethode über einen zehnjährigen Zeitraum für drei Szenarien durchgeführt, in denen 30%, 15% und ca. 7% des heutigen zeitlichen Aufwands eingespart werden. Unter Berücksichtigung von Umstellungskosten und weiteren mit der Investition in den elektronischen Kreditoren-Workflow verbundenen Ressourcenverbräuche ergibt sich ein positives Ergebnis für das 30%- und das 15%-Szenario. Das heißt, dass die Einführung eines elektronischen Rechnungsworkflows im Beispiel der Stadt Haldensleben dann wirtschaftlich wäre, wenn mindestens 15% des heutigen Bearbeitungsaufwands auch eingespart werden könnten, wobei Einsparungen von maximal 30 % auf Basis der im Projekt erhobenen Daten realisierbar wären. Die Einführung eines im Rahmen des Projektes genauer beschriebenen elektronischen Rechnungsworkflows ist also im Hinblick auf die vom Gesetzgeber geforderte wirt-

schaftliche Aufgabenerfüllung in Verwaltungen zu empfehlen.

Die zusätzlich befragten Kommunen berichteten von Effekten, die im Rahmen der durchgeführten Wirtschaftlichkeitsanalyse nicht berücksichtigt wurden, wie zum Beispiel einer Erhöhung der Prozesssicherheit, verbesserter Skontonutzung, eines optimierten Liquiditätsmanagements, verbesserter Transparenz über eingegangene Rechnungen und einfacherer Recherchemöglichkeiten. Auch ist es möglich, Debitorenprozesse ebenfalls über den elektronischen Workflow abzuwickeln. Eine Kommune gab an, unter anderem deshalb auf eine Wirtschaftlichkeitsanalyse verzichtet zu haben, weil die Digitalisierung von Verwaltungsprozessen an sich einen Wert darstelle und ohnehin notwendig sei.

Berücksichtigt man alle Argumente, so kann auf Basis unserer Daten davon ausgegangen werden, dass die Implementierung eines elektronischen Rechnungsworkflows, zumindest in Kommunen der untersuchten Größenordnung mit 25.000 und mehr Kreditorenrechnungen pro Jahr, wirtschaftlich ist und entsprechende Investitionen sich nach drei bis fünf Jahren amortisieren.

#### Notwendige Veränderungen

Die beschriebenen Einsparungen können nur dann realisiert werden, wenn die am Prozess beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine rein elektronische Bearbeitung akzeptieren und die wesentlichen, durch die Software zur Verfügung gestellten Unterstützungsmöglichkeiten auch genutzt werden können. Letzteres erfordert eine Pflege der verfügbaren Kreditoren-Stammdaten und eine gewisse Disziplin der Rechnungssteller, die aber schrittweise gefördert werden kann. Probleme in der Akzeptanz elektronischer Geräte oder neuer Verfahren sind in allen Verwaltungen bekannt und auch für die Einführung eines elektronischen Rechnungsworkflows erfolgskritisch. Die befragten Kommunen haben gute Erfahrungen mit intensiven Support-Maßnahmen, insbesondere im ersten Monat der Einführung, gemacht. Kleinere Umstellungen des bisherigen Prozesses werden in der



Regel notwendig sein, bringen aber kaum spürbare Nachteile für die Beschäftigten. Für umfangreichere Rechnungen zum Beispiel zu Baumaßnahmen und einige Spezialfälle muss eventuell eine Bearbeitung von ausgedruckten Rechnungen in Papierform möglich sein. Diese werden nach Prüfung oder Korrektur eingescannt und sind dann wieder elektronisch verfü- und bearbeitbar. Mit Blick auf die Erfahrungen aus allen Kommunen scheint ein wichtiger Faktor für den Erfolg die interne Verfügbarkeit ausreichender Prozessmanagement- und IT-Kompetenzen zu sein, die es erlauben, die Konfiguration des elektronischen Workflows transparent zu halten und – soweit notwendig – schnell anzupassen. Es ist nachvollziehbar, dass Führungskräfte und Beschäftigte aus Kämmereien und Finanzbereichen nur dann eine treibende Rolle übernehmen können, wenn sie nicht das Gefühl haben, die Kontrolle über ihren Prozess zu verlieren.

#### **Vorgehensmodell zur Einführung**

Auf Basis der vorliegenden Erfahrungen scheinen die anfangs zitierten hohen Erwartungen von bis zu 80%igen Reduzierungen der Aufwände im kommunalen Bereich schwierig zu realisieren. Allerdings könnten elektronische Rechnungsworkflows einen wesentlichen Beitrag zur Reduzierung des internen Aufwands im Finanz- und Rechnungswesen kommunaler Verwaltungen und damit letztlich auch zur notwendigen Konsolidierung der kommunalen Finanzen leisten.

Zu bezweifeln ist allerdings, ob mittlere und insbesondere kleine Kommunen eine Digitalisierung ihrer Kreditoren- und Debitorenprozesse mit den vorhandenen Mitteln innerhalb der nächsten drei bis fünf Jahre werden leisten können. Kritisch scheinen dabei weniger die notwendigen finanziellen Mittel als vielmehr die Verfügbarkeit von speziellen Kompetenzen in den Bereichen Projekt-, Change-, Prozess- und IT-Management. Auswahl, Beschaffung und insbesondere Implementierung von IT-Systemen zur elektronischen Rechnungsbearbeitung sind anspruchsvolle und komplexe Aufgaben. Das Fehlen von Kompetenzen in diesen Bereichen kann nur teilweise und dann mit hohen Kosten durch externe Unterstützung kompensiert werden. Hinzu kommt, dass die Einsparungen vermutlich überproportional mit der Größe der Verwaltung sinken, weil kleinere Verwaltungen ohnehin nicht nur weniger Rechnungen sondern auch weniger Außenstellen, kürzere Wege und weniger Dienstleister und Lieferanten haben.

Wie auch bei vielen anderen IT- und E-Government-Projekten wäre auch im Fall der Implementierung von elektronischen Rechnungsworkflows eine breit angelegte interkommunale Zusammenarbeit ein effizientes und möglicherweise das einzige erfolgversprechende Vorgehen. Eine breite Zusammenarbeit von Kommunen bietet sich in diesem Bereich insbesondere auch deshalb an, weil Kreditoren- und auch Debitorenprozesse in den Kommunen des Landes kaum größere Unterschiede aufweisen

dürften. Wesentliche Strukturen dieser Prozesse sind gesetzlich, insbesondere durch die GemKVO (DOPPIK), vorgegeben und kleinere Optimierungen der Papierprozesse wären ohnehin notwendig. Es wäre zu hoffen, dass die Synergien einer einheitlichen Lösung möglichst schnell deutlich werden. Dazu müssten allerdings die Anbieter entsprechender Lösungen auch bereit sein, stärker standardisierte Angebote zu unterbreiten und gemeinsame Projekte von Kommunen entsprechend zu unterstützen. Kommunen, die den mittelfristig absehbaren Mangel an Fachkräften im Blick haben, würden darüber hinaus mit elektronischen Rechnungsworkflows in die Lage versetzt, neue Formen interkommunaler Zusammenarbeit im Finanzbereich zu realisieren. Auch für die bereits seit Jahren diskutierten Organisationsmodelle, bei denen sich verschiedene Verwaltungen und Verwaltungsebenen gemeinsame Back Offices teilen, würden sich neue Realisierungschancen ergeben. Die Stärkung der interkommunalen Zusammenarbeit ist seit Jahren erklärtes Ziel sowohl des Landes Sachsen-Anhalt wie auch der kommunalen Spitzenverbände. Bleibt es allerdings bei der bisherigen Geschwindigkeit in der Umsetzung entsprechender Vorhaben, wird auch das Ziel der Einführung einer elektronischen Rechnungsbearbeitung bis 2020 auf kommunaler Ebene deutlich verfehlt werden.

Der Beitrag erscheint erstmals in dem IT-Kundenmagazin für Sachsen-Anhalt SERVER, Ausgabe 64 (Mitte März 2017).

---

\* Prof. Dr. Jens-Oliver Weiß  
Professur für Verwaltungswissenschaften  
jweiss@hs-harz.de

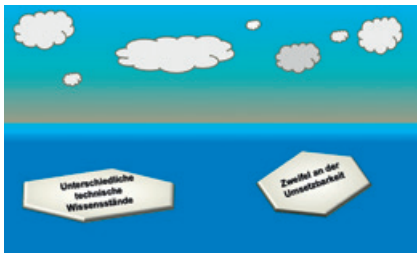
## Einführung der digitalen Ratsarbeit in der Stadt Ilsenburg (Harz)

### Die papierlose Ratsarbeit – eine Herausforderung für alle Beteiligten \* Sabine Schippan

Im Zuge des semesterübergreifenden Projektes begleiteten Studierende der Hochschule Harz unter Projektleitung von Frau Prof. Dr. Sabine Elfring die Stadt Ilsenburg (Harz) in die moderne digitale Ratsarbeit.

#### Widerstände überwinden

Jedwede Art von Veränderung benötigt entsprechendes Fingerspitzengefühl. Das ist auch in der Welt von Verwaltung und Kommunalpolitik nicht anders. Einer unserer ersten Schritte war die Identifizierung von Stakeholdern und deren Sichtweise auf das Projekt. Ferner wollten wir klären, ob und welche Widerstände es bei den Ratsmitgliedern gibt und führten eine Befragung zum medialen Umgang und zur Nutzung des digitalen Ratsinformationssystems (RIS) durch. Die wichtigsten Informationen waren, dass 19 von 21 Ratsmitgliedern über einen Internetanschluss verfügten, jedoch nur 6 Personen das RIS nutzten und sehr unterschiedliche technische Wissensstände vorlagen.



Grafik 1: Ausgangssituation

Zur Beseitigung von Berührungsängsten beschlossen wir, in einem Zeitplan transparent das weitere Vorgehen festzuhalten. In einer flankierend arbeitenden Arbeitsgruppe, in der die Fraktionsvorsitzenden mitwirkten, sollten Fragen schnell geklärt und das weitere prozessuale Vorgehen dargelegt werden. Durch diese enge Zusammenarbeit sorgten wir für einen stetigen Informationsaustausch und stellten vorab die technischen Geräte vor, die für die digitale Ratsarbeit sinnvoll und zweckmäßig wären. Jedoch tauchten weitere Widerstände auf (siehe Grafik 2).



Grafik 2: Analyse der Widerstände.

Um Schwierigkeiten im Umgang mit der Technik zu lösen und Abneigungen gegenüber digitaler Arbeit zu verringern, boten wir drei Schulungstermine an. Die aufeinander aufbauenden Schulungen starteten mit niedrighschwelligem Angeboten, um alle Ratsmitglieder dort abholen zu können, wo sie standen. Ziel war es, das technische Vorwissen auf einen gleichen Arbeitsstand zu heben. Im ersten Schulungstermin wurden mit Hilfe einer bebilderten Anleitung eine Geräteeinweisung und eine Programmeinführung angeboten. Eine Woche später erfolgte eine Schulung durch den IT-Dienstleister KID. Dort konnte bereits erlangtes Wissen praktisch angewendet und durch anregende Gruppenerfolge gefestigt werden. Während des dritten Termins konnten letzte Fragen beantwortet werden. Durch diese Betreuung wurden Schwierigkeiten und Vorurteile größtenteils genommen.

#### Kostenargument wird zur Nebensache

Die Frage nach den Kosten spielt gerade im Bereich der öffentlichen Investitionen aufgrund des Einsparungsdrucks, dem die öffentliche Hand allgemein unterliegt, eine immer größere Rolle. Etwas anders verhielt es sich bei der Einführung der digitalen Ratsarbeit bei der Stadt Ilsenburg (Harz).

Während die Ratsmitglieder anfangs wissen wollten, wieviel die Umstellung kosten würde und was später einmal im Vergleich zur Papierform eingespart werden könne, gerieten diese Fragen, besonders als es um die Auswahl der Endgeräte ging, zunehmend in den Hintergrund. Da wurde selbst das mühselige Auszählen von Ta-

gesordnungen und Ratsvorlagen zur Nebensache, zumal eine genaue Ermittlung der Kosten unter betriebswirtschaftlichen Aspekten nicht immer leicht fällt.

Stattdessen wurde der Blickpunkt vermehrt darauf gerichtet, dass durch ein digitales Ratsmanagementsystem die Qualität der Ratsarbeit und die Kommunikation zwischen Ratsmitgliedern und Verwaltung verbessert werden könne. Gerade deshalb ist die Einführung der digitalen Ratsarbeit bei der Stadt Ilsenburg (Harz) ein Beispiel dafür, wie man sich dem technischen Fortschritt anpassen und somit eine Qualitätssteigerung erreichen kann. Dass Druck-, Papier- und Portokosten vermieden werden, ist aber sicherlich ein gewollter positiver Nebeneffekt.

#### Technik schlägt Budget

Im April 2016 boten wir vor der Stadtratsitzung eine Technikvorstellung an. Wir präsentierten einen Laptop, verschiedene Tablets und dazu das jeweilige Preissegment. Für die Ratsmitglieder wurde somit eine Möglichkeit geschaffen, sich ein Bild von den gängigen Variationen potentieller Endgeräte zu machen. Die Mehrheit tendierte zu einem 10 Zoll Tablet mit Android-Betriebssystem. Darauf aufbauend, konzentrierte sich die weitere Arbeit zunächst auf die Beschaffung von Angeboten zur Kostenkalkulation und Erstellung eines „Step-by-Step“-Handbuchs.

Die Einführung der digitalen Ratsarbeit war an ein festgesetztes Budget gebunden, welches bereits im Vorjahr in den Haushaltsplan eingebracht wurde, also noch vor dem Start unseres Projektes und der Zusammenarbeit. Um die Einsparpotentiale der digitalen Arbeit aufzuzeigen, wurden Angebote eingeholt und eine Kalkulation erstellt. Entgegen den ersten Kalkulationen und Empfehlungen, erfolgte letztlich die Beschaffung von iPads, resultierend aus zusätzlichen Technik- und Softwareansprüchen.

Aufgrund vorgenannter Tatsachen begann die Arbeit zur zweiten Hälfte des Projektes nahezu von vorn. Es musste ein neues Handbuch erstellt und die Kosten für Technik und Zubehör neu kalkuliert werden.

### Rechtliche Rahmenbedingungen

Die Stadt Ilsenburg (Harz) beschloss, dass die angeschafften Geräte im Eigentum der Stadt bleiben. An die Geräteausgabe wurde eine Vereinbarung geknüpft, die Eigentum, Benutzung, Datenschutz, Haftungsfrage und Leihdauer der Geräte exakt festschreibt. Der Bearbeitungsprozess bis hin zur finalen Version war langwierig. Zum einen bestand Uneinigkeit zwischen den Parteien bzgl. der Gerätebeschaffung und zum anderen mussten die Vereinbarungen stetig an die Projektentwicklungen angepasst werden.

Im Zuge der Einführung der digitalen Ratsmanagementarbeit musste als Konsequenz die Geschäftsordnung in einzelnen Teilen geändert oder neu formuliert werden. Eine Änderung sieht vor, dass die Mandatsträger die freie Wahl haben, ob sie zukünftig weiterhin mit ausgedruckten Unterlagen arbeiten oder die digitale Arbeitsweise benutzen wollen.

Diese parallele Arbeitsweise steht im Widerspruch zu unserem ursprünglichen Projektziel. Die Bilanz zeigt, dass die Ausnahmeregelung lediglich für zwei Ratsmitglieder notwendig geworden ist und sich die Mehrheit für die Arbeit in digitaler Form entschieden hat. Wünschenswert wäre, dass die Arbeit in Papierform aus dem jetzigen Rat herauswächst und sich die digitale Arbeitsweise verfestigt.



**Grafik 3:** Zusammenspiel verschiedener Akteure im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit.

### Evaluation ist Pflicht

Ende gut, alles gut? Die Einführung der digitalen Ratsarbeit im 4. Quartal 2016 läutete die heiße Phase für Ratsmitglieder und Verwaltung ein, bedeutete gleichzeitig aber den Abschluss unseres Projektes. Damit die anschließende Umsetzung einer Bewertung unterzogen werden kann, wurden Evaluationsbögen entwickelt, die es Stadtrat und Verwaltung ermöglichen sollten, den Umsetzungsgrad der angestrebten Ziele zu überprüfen.

Für die Bewertung des Umsetzungsgrades wurden die Kriterien „Erfolg“ und „Zufriedenheit“ zugrunde gelegt. Dabei ist für den Erfolg bspw. unabdingbar, dass die Nutzerquote unter Ratsmitgliedern und Verwaltung hoch ist. Da sich objektive Maßstäbe, wie Umsatz, Gewinn oder Marktanteil, nicht anwenden lassen, liegt der Schwerpunkt auf den subjektiven Faktoren, im vorliegenden

Projekt vorrangig im Bereich Zufriedenheit. Der Begriff ist in unserem täglichen Sprachgebrauch fest verankert und hat in wissenschaftlicher Forschung und unternehmerischer Praxis mit der Aufteilung in Mitarbeiter-, Arbeits- sowie Kundenzufriedenheit eine zentrale Stellung inne<sup>1</sup>.

In diesem Projekt fand verstärkt die Kundenzufriedenheit Anwendung, die als ein emotional ausgeprägter Zustand von Harmonie verstanden werden kann, der aus der zusammenfassenden Beurteilung eines Produktes oder einer Dienstleistung in Bezug auf die Anspruchserfüllung resultiert<sup>2</sup>. Als subjektive Kriterien wurden u. a. Systemqualität (Verlässlichkeit, Navigierbarkeit), Informationsqualität (Vollständigkeit, Aktualität) sowie Nettovorteile (Effizienz, Bequemlichkeit) herangezogen.

Wir empfehlen die Durchführung der Evaluation ein Jahr nach Einführung, sowie – je nach Ergebnis – eine Wiederholung in einem Intervall von ein bis zwei Jahren und, wenn notwendig, gegensteuernde Maßnahmen.



**Bild (v.l.n.r.):** Studierende Dana Meyer, Florian Franz, Gesa-Louise Dreß, Nicole Watzek, Sabine Schippan, Marius Bräuer, Maria Vatterott, Franziska Jäsert.

\* Studierende Sabine Schippan  
Studiengang Öffentliche Verwaltung  
u29472@hs-harz.de

<sup>1</sup> Vgl. Hölzing, J. (2008): Die Kano-Theorie der Kundenzufriedenheitsmessung, Gabler, Wiesbaden.

<sup>2</sup> Vgl. Pepels, W. in Helmke, S. et al. (Hrsg.), S. (2013): Effektives Customer Relationship Management, Springer, Wiesbaden.

## Mit Crowdfunding Verwaltungsreform voranbringen

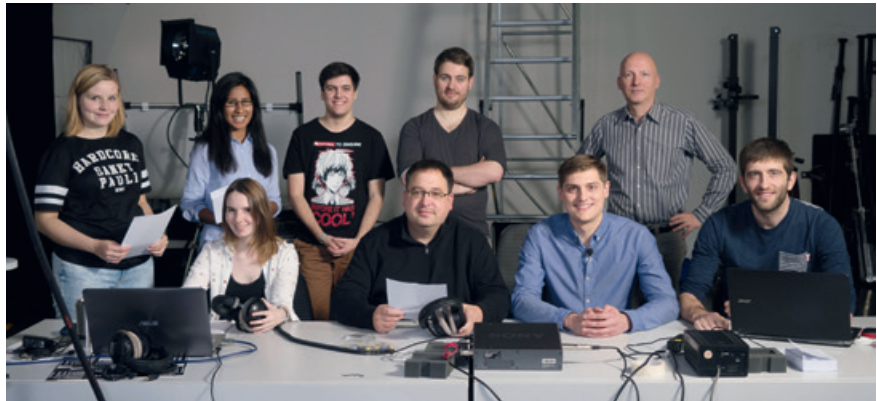
### Digitale Lernplattform als Übungsplatz für wirkungsorientierte Verwaltungssteuerung \* Thomas Schatz

**Halbzeit im Projekt „KoWiSt“.** Das Akronym steht für „Kompetenzaufbau für eine wirkungsorientierte Steuerung in kleinen und mittleren Kommunen“ – ein Vorhaben, das am Fachbereich unter Leitung von Prof. Dr. Jens-Oliver Weiß und mit Förderung durch das EU-Programm Erasmus+ noch bis zum Sommer 2018 läuft.

Ziel ist, gemeinsam mit vier Partnerhochschulen und Forschungseinrichtungen aus der Slowakei, Österreich, Italien und der Schweiz eine Online-Lernplattform (OER) zu entwickeln, die Verwaltungsmitarbeitern, Kommunalpolitikern und Studierenden methodische Unterstützung beim Einstieg in die wirkungsorientierte Steuerung geben soll.

Wirkungsorientierung ist ein outputorientiertes Steuerungskonzept, das auf Basis von langfristigen, inhaltlichen Entwicklungszielen, die in einer Gemeinde als erstrebenswert gelten, die Verteilung von Geld und Personal lenkt. Knappe Ressourcen werden also nicht mit der Gießkanne verteilt, sondern buchstäblich „zielgerichtet“ eingesetzt. Ob die Mittel effizient eingesetzt werden, wird fortlaufend durch geeignete Kennzahlen und Indikatoren erfasst. So fallen Fehlentwicklungen frühzeitig auf, was dem Gemeinde-Management – bestehend aus Verwaltungsführung und Rat – zusätzliche Potentiale zum Gegenlenken eröffnet.

Diese Systematik will die OER ihren künftigen Nutzern mit einem didaktischen Konzept vermitteln, das nicht auf Theorie sondern voll auf Praxis setzt. Wie Projektleiter Jens Weiß erklärt „wird die Lernplattform an konkreten Beispielen zeigen, wie Kommunen auf Basis strategischer Entwicklungsprioritäten mittel- und kurzfristige Ziele definieren, daran die Verteilung knapper Haushaltsmittel ausrichten und die Rechenschaftslegung über die Zielerfüllung systematisch mit dem Prozess der Haushaltsaufstellung verknüpfen.“ In den letzten Monaten hat das internationale



KoWiSt-Team deshalb in verschiedenen Städten wirkungsorientierte Steuerungskonzepte erhoben. Diese werden derzeit in die Beta-Version der OER-Software eingepflegt, die im Mai 2017 vor einem Fachpublikum erstmals öffentlich präsentiert wird. Um die Benutzerfreundlichkeit der Lernplattform zu erhöhen, sollen einige der Praxis-Vorbilder in kurzen Filmen vorgestellt werden. Das benötigte Geld für die Produktion will das Projekt-Team auf der Crowdfunding-Plattform „Start Next“ einwerben. Die Initiative dazu hat Maximilian Fischer ergriffen, der als Studierender am Projekt KoWiSt mitwirkt. „Crowdfunding ist – zumindest in Deutschland – noch eine eher ungebrauchliche Form der Wissenschaftsfinanzierung“, erklärt Max Fischer. „Wir stellen unsere Projektidee tausenden von potentiellen Unterstützern vor, die mit privaten Spenden helfen können, dass Vorhaben wie unsere Filme realisiert werden.“ Das sei spannend und herausfordernd zugleich. Ende November 2016 stand Maximilian Fischer im Studio auf dem Wernigeröder Hoch-

schul-Campus das erste Mal vor der Kamera. Gemeinsam mit Studierenden der Medieninformatik entstand unter Leitung von Prof. Martin Kreyßig ein Video, das als „Appetithäppchen“ auf der Crowdfunding-Plattform für die Finanzierung der Filme werben soll. Unter professionellen Bedingungen wurde mehrere Stunden gedreht und am Ende entstand ein Film von knapp drei Minuten Länge. „Jetzt hoffen wir natürlich auf die Spendenbereitschaft und den Erfolg des Crowdfundings.“ Den Beitrag finden Sie unter:

<https://www.startnext.com/pumaclips>

Unabhängig vom Ausgang dieser Initiative wird das KoWiSt-Team die OER-Plattform im Lauf dieses Jahres weiter bearbeiten. Wenn sie im Jahr 2018 fertig und „ans Netz“ gegangen ist, wird sie am Fachbereich Verwaltungswissenschaften auch in der Lehre und als Prüfungstool eingesetzt werden.

The creation of these resources is funded by the ERASMUS+ grant program of the European Union under grant no. 2015-1-DE01-KA203-002156. Neither the European Commission nor the project's national funding agency DAAD are responsible for the content or liable for any losses or damage resulting of the use of these resources.

2



**Bild 1:** Das Team um Prof. Kreyßig (hinten rechts).

**Bild 2:** Im Greenscreen: Maximilian Fischer während der Dreharbeiten im Studio der Medieninformatik auf dem Campus in Wernigerode.

\* Thomas Schatz, M. A.  
Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachbereich Verwaltungswissenschaften  
t.schatz@hs-harz.de

## Erfolgreicher Abschluss der Evaluation des Pilotprojekts

### »Planspiel Jugendkreistag – Ohne Jugend lässt sich der

### demografische Wandel nicht bewältigen.« \* Jens-Oliver Weiß, Maximilian Fischer

**Das Pilotprojekt wurde im Frühjahr 2016 mit dem Landkreis Mansfeld-Südharz und der Akademie für Lokale Demokratie e. V. aus Leipzig durchgeführt und vom Land Sachsen-Anhalt auf Basis der Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen für die Gestaltung des Demografischen Wandels in Sachsen-Anhalt gefördert.**

Daran teilgenommen haben Jugendliche aus Sangerhausen und Eisleben. Als ein dialogorientiertes und kooperatives Verfahren versuchte das Projekt, in dessen Mittelpunkt die »Simulation« einer Kreis-tagsitzung stand, durch das Setzen positiver Erfahrungsanreize junge Menschen zu motivieren, sich spielerisch mit Politik auseinanderzusetzen, sich an politischen Diskussionen zu beteiligen und – bestenfalls – zu langfristigem politischen Engagement anzuregen.

Unter Leitung von Prof. Jens Weiß wurde das Projekt am Fachbereich Verwaltungswissenschaften mit einem Mixed-Me-

thods-Ansatz formativ und summativ evaluiert. Mithilfe teilnehmender Beobachtungen, Gesamtbefragungen und Interviews wurden Wirkungen auf insgesamt drei Zielfeldern untersucht:

1. Politikfähigkeit: Evaluiert wurde hierzu, ob durch das Planspiel die Partizipationswahrscheinlichkeit von Jugendlichen erhöht wurde. Dabei wurden Dimensionen »Institutionelles Wissen«, »Politische Kompetenz« und »Partizipationsbereitschaft« gemessen und bewertet.
2. Qualität des politischen Prozesses: Hier wurde evaluiert, ob es gelungen ist, jugendspezifische Themen in den politischen Prozess einzubringen und spezifisches Wissen von Jugendlichen für den politischen Prozess zu nutzen.
3. Dissemination: Hier wurde die überregionale Wirkung des Planspiels bewertet.

Das Pilotprojekt wurde aus Sicht aller im Rahmen der Evaluation Beteiligten als

erfolgreich bewertet. Im Ergebnis zeigte sich, dass es den beteiligten Akteuren gelungen ist, wesentliche Ergebnisse in allen beschriebenen Zieldimensionen zu realisieren. Neben vorliegenden Beschlüssen des simulierten »Jugendkreistags« wurden vor allem nachweisbare Lern und Motivationseffekte bei Jugendlichen erzielt. Insgesamt dürften sich auch für das Netzwerk Kreispolitik-Kreisverwaltung-Schulen Lerneffekte ergeben haben, die eventuell mittelfristig zu einer Verstärkung von Partizipationsangeboten für Jugendliche führen könnten.

Das Projekt hat gezeigt, dass Partizipationsangebote für Jugendliche auf Kreisebene sinnvoll durchgeführt werden können. Das entwickelte Vorgehen kann auf andere Kreise, grundsätzlich aber auch auf die Gemeindeebene übertragen werden. Auf Basis der Ergebnisse der Evaluation wurden verschiedene Vorschläge zur Optimierung des Partizipationsdesigns in möglichen Folgeprojekten entwickelt.

\* Prof. Dr. Jens-Oliver Weiß  
Professur für Verwaltungswissenschaften  
jweiss@hs-harz.de

\* Studierender Maximilian Fischer  
Studiengang Europäisches Verwaltungsmanagement  
u28085@hs-harz.de

## Ein neuer Master-Studiengang „Wirtschaftsförderung“ am Fachbereich Erweiterung der Studienangebote \* Jürgen Stember

**Ab dem 01.03.2017 wird es einen neuen berufsbegleitenden Studiengang am Fachbereich Verwaltungswissenschaften geben: Den Master-Studiengang „Wirtschaftsförderung“.**

Dieser neue Studiengang ist jedoch nicht wie die bisherigen Studiengänge entwickelt worden, sondern enthält eine Menge an Besonderheiten:

### **Besonderheit 1: Entwicklung aus einem Fortbildungskonzept**

Der berufsbegleitende Master-Studiengang „Wirtschaftsförderung“ steht nicht etwa am Anfang, sondern am Ende eines Fortbildungskonzeptes zur Wirtschaftsförderung, das bereits seit zwei Jahren in Form von sog. Zertifikatskursen praktisch umgesetzt wird. Gleichwohl hat der Master-Studiengang als wichtiger Abschluss immer gedanklich und konzeptionell im Hintergrund gestanden.

### **Besonderheit 2: Entwicklung innerhalb eines Bundesprogramms**

Der berufsbegleitende Master-Studiengang „Wirtschaftsförderung“ ist innerhalb eines Projektes des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) mit dem Fördertitel „Offene Hochschule Harz – Programmentwicklung, Anrechnungsberatung, Netzwerkbildung“ entstanden und darin aufgebaut und realisiert worden.

### **Besonderheit 3: Entwicklung aus einem Kompetenzzentrum**

Der berufsbegleitende Master-Studiengang „Wirtschaftsförderung“ ist innerhalb des Fachbereichs aus einem Forschungsschwerpunkt mit dem Titel „Wirtschaftsförderung und Standortmanagement“ entstanden und konzeptionell vorbereitet worden. Der Forschungsschwerpunkt versteht sich als integriertes Kompetenzzentrum am Fachbereich und adressiert alle hochschulweiten Missionen, von der „First Mission“, der Lehre und Weiterbildung, über die „Second Mission“, der angewandten Forschung bis hin zur „Third

Mission“, des Wissenstransfers und der Netzwerkbildung.

### **Besonderheit 4: Entwicklung und Umsetzung mit einem breiten Praktiker-Netzwerk**

Der berufsbegleitende Master-Studiengang „Wirtschaftsförderung“ ist selbst für eine Hochschule für angewandte Wissenschaften enorm praxisorientiert entwickelt und umgesetzt worden. Das u. a. aus dem dazugehörigen Labor für angewandte IT in der Wirtschaftsförderung (WiföLAB) entstandene breite bundesweite Praktiker-Netzwerk hat nicht nur intensiv selbst an der Ausrichtung des Studiums mitgewirkt, sondern ist auch in der Lehre selbst mit einbezogen worden und breit vertreten: Für die Praxis - mit der Praxis. Insgesamt geht der berufsbegleitende Master-Studiengang „Wirtschaftsförderung“ am Fachbereich Verwaltungswissenschaften der Hochschule Harz auf relativ frühe Überlegungen vor 2005 und dem Umstand zurück, dass es in Norddeutschland kaum von der Praxis akzeptierte Fortbildungs- oder gar Studienangebote existierten. Die intensiven Kontakte zu Kommunen und Wirtschaftsförderungen zeigten hier einen großen Bedarf, diese Situation zu verbessern und führten letztlich dazu, dass der Fachbereich Verwaltungswissenschaften darum gebeten wurde, sich diesem Thema konzeptionell und praktisch anzunehmen.

Kristallisationskern und besonderes Spezifikum für den Studiengang „Wirtschaftsförderung“ war und ist das bundesweit in dieser Form einzigartige Labor für angewandte IT in der Wirtschaftsförderung am Fachbereich



Verwaltungswissenschaften der Hochschule Harz. Das Labor-System wurde 2012 in einer ersten kleinen Stufe (Innovationslabor – mit dem Schwerpunkt Lehre Forschung & Demonstration) ursprünglich für die Forschung und Beratung ausgelegt, 2013 in einer großen Version oder Studie (Lehrlabor – mit dem Schwerpunkt Lehre & Präsentation) dann jedoch mit wesentlichen Funktionen auch vor allem für die Lehre und Weiterbildung realisiert.

Aufgebaut ist das Studium mit insgesamt vier Semestern (Zertifikaten), in denen 90 CP erreicht, die aber auch isoliert und einzeln belegt werden können:

- Wifö-Zertifikat 1 „Verwaltungswissen“ (20 CP),
- Wifö-Zertifikat 2 Raumplanung und Entwicklung (20 CP),
- Wifö-Zertifikat 3 „Wirtschaftswissen“ (20 CP) und
- Das „Master-Semester“ (30 CP) mit Master-Seminar und Master-Arbeit.

Nach dem leider Prof. Dr. André Göbel die Hochschule verließ, hat Prof. Dr. Jürgen Stember, gleichzeitig Dekan des Fb Vw, die Studiengangskoordination, übernommen. Tatkräftig wird er derzeit von Katharina Engelmann, selbst Studentin des Master-Studiengangs „Public Management“, unterstützt, die sich um die operative Koordination des Studienablaufs kümmert.

Auf eine letzte Besonderheit des Studiengangs gilt es noch hinzuweisen, die in dieser Form nur selten existiert. Über das Programm „Offene Hochschule“ wurde die Schriftenreihe „Wirtschaftsförderung in Lehre und Praxis“ vom ehemaligen Studiengangskordinator Dr. André Göbel gemeinsam mit dem Wirtschaftsförderungs-Netzwerk über den Springer-Verlag entwickelt, bei der für jedes Modul (mit einer Ausnahme) ein entsprechender Lehrband entwickelt worden ist, der den Studierenden auch als digitales Skript zur Verfügung gestellt wird.

**Bild:** Labor für angewandte IT in der Wirtschaftsförderung.

\* Prof. Dr. Jürgen Stember  
Professur für Verwaltungswissenschaften  
jstember@hs-harz.de

## Angewandtes Forschungsprojekt „Die Vermessung der Wirtschaftsförderung“ \* Jürgen Stember

Die Forschungen der letzten Jahre im öffentlichen Dienst haben immer wieder Fragen und Thesen zur Leistungsbewertung und Leistungsbeurteilung öffentlicher Aufgaben aufgegriffen. In diesem Zusammenhang wurden im so genannten „New Public Management“ zahlreiche Konzepte aus der privaten Wirtschaft im Hinblick auf ihre Transferfähigkeit auf den öffentlichen Dienst geprüft und weiterentwickelt, wengleich keines dieser Konzepte einen wissenschaftlichen oder gar praktisch anerkannten Durchbruch erzielen konnte. Beispiele für diese Konzepte sind die Balanced-Scorecard oder das Performance-Measurement.



Grafik: Stember, J. (2017)

Für die Wirtschaftsförderung als freiwillige kommunale Aufgabe wurden und werden die Fragen der Wirkungen und Leistungsbeurteilung in ganz besonderem Maße behandelt, da von der positiven Beantwortung die weitere Entwicklung, manchmal aber auch sogar die institutionelle Existenz der Wirtschaftsförderung abhängig ist.

Innerhalb des Schwerpunktbereichs „Wirtschaftsförderung“ des Fachbereichs Verwaltungswissenschaften ist dieses beschriebene Thema schon in zahlreichen Aktivitäten und Forschungsprojekten auch mit namhaften Partnern im In- und Ausland besetzt worden, so z. B. zahlreiche Vergleichsring-Aktivitäten mit der KGSt oder ein Projekt

zur Cockpit-Steuerung gemeinsam mit den Schweizer Kollegen der Berner Fachhochschule. Auch auf der jüngsten Informationstagung des WiföLAB im April 2016 erfolgte eine weitere Beschäftigung mit dem Thema, u. a. in einem gut besuchten Workshop zum Thema „Vermessung der Wirtschaftsförderung“, innerhalb dessen auch die Idee entstand, ein eigenständiges Projekt in der hier vorliegenden Konzeption zu entwickeln.

Neben der wissenschaftlich ausgerichteten Auseinandersetzung mit der Leistungsmessung im öffentlichen Bereich und speziell im Bereich der Wirtschaftsförderung gibt es auch eine Reihe wichtiger praktischer Fragen der Wirtschaftsförderer, die je nach konkreter (politischer) Situation vor Ort unterschiedliche, aber zumeist hohe, teils sogar sehr hohe Relevanz haben:

- Tun wir die richtigen Dinge? Haben wir die richtigen Ziele? (Effektivität),
- Tun wir die Dinge richtig? (Effizienz),
- Wissen wir genug? (Informations- und Wissensmanagement),
- Wie gut sind wir (relativ, absolut)? Sind wir unser Geld wert? (Kosten-Nutzen-Relation),
- Welche Ergebnisse und Wirkungen erzielen wir? (Performanz, Performance-measurement),
- Wie sehen uns die Unternehmen, wie beurteilen sie unsere Arbeit? (Qualitätsmanagement),
- Müssen wir uns verändern? Wie verändert sich unsere Umwelt? (Change Management),
- Wie kann ich die Arbeit der Wirtschaftsförderung wirkungs- und ergebnisorientiert steuern? (Steuerungsmanagement).

Und nicht zuletzt muss es einer Hochschule für angewandte Wissenschaften auch und in besonderem Maße darum gehen, wie man nicht nur ein funktionierendes und in sich konsistentes Modell erarbeiten, sondern auch die Aufwand-Nutzen-Bilanz im Alltag sinnvoll und pragmatisch ausrichten kann (Alltags- und Praxistauglichkeit).

Das Hauptziel des studentischen Projekts ist vor dem Hintergrund der beschriebenen Zusammenhänge der Aufbau eines Konzepts zur Leistungsmessung und zielorientierten Steuerung in der kommunalen Wirtschaftsförderung.

Daraus abgeleitet werden drei Teilziele verfolgt:

- Vermessung der Wirtschaftsförderung,
- Bewertung der Wirtschaftsförderung, und
- Steuerung der Wirtschaftsförderung.

An diesem Projekt haben sich nach einer entsprechenden Abfrage 34 Kommunen, Städte und Gemeinden, Kreise, kreisfreie Städte und Gesellschaften in ganz Deutschland gemeldet und sich freiwillig dazu bereit erklärt, an dieser umfangreichen und multimethodischen Untersuchung teilzunehmen.

Die äußerst engagierten und fleißigen Studierenden des berufs begleitenden Master-Studiengangs „Public Management“ schultern derzeit ein Methodenspektrum, was alle Bereiche der sozialen Forschung berücksichtigt und vor allem deshalb so interessant und vielschichtig erscheinen lässt:

- Umfangreiche und systematische Dokumentenanalyse (Konzepte, Strategien, ...),
- Screening der Web-Angebote der Wirtschaftsförderungen,
- Konzeption und Durchführung einer Web-basierten Befragung der Wirtschaftsförderung (aktuelle in der Auswertung) sowie abschließend
- Experteninterviews und Auswertungsworkshops als qualitative Ergänzungen der umfangreichen Ergebnisse und Informationen.

Erste Ergebnisse werden dem Fachpublikum auf der nächsten Wirtschaftsförderungstagung am 27.04.2017 am Fachbereich Verwaltungswissenschaften präsentiert.

\* Prof. Dr. Jürgen Stember  
Professur für Verwaltungswissenschaften  
jstember@hs-harz.de

## „audit familiengerechte hochschule“ an die Hochschule Harz verliehen Vereinbarkeit von Studium, Beruf und Familie auf dem Prüfstand \* Janet Anders

Nachdem die Hochschule Harz bereits seit 15 Jahren den Ausbau familienfreundlicher Maßnahmen für Studierende und Mitarbeiter voranbringt, wurde dieses Engagement erstmals 2012 mit der Zertifizierung „audit familiengerechte hochschule“ durch die berufundfamilie gGmbH, einer Initiative der gemeinnützigen Hertie-Stiftung, gewürdigt. Die Re-Akkreditierung erfolgte 2015, die offizielle Übergabe des Zertifikats im Beisein von Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig wurde Mitte des Jahres in Berlin nachgeholt.

Der Audit-Verleihung vorausgegangen waren Datenerhebungsprozesse sowie ein ganztägiger Auditierungsworkshop mit Vertretern der Studierenden, der Hochschulleitung sowie MitarbeiterInnen unter externer Moderation einer erfahrenen Auditorin. Im Ergebnis dieses Erfahrungsaustauschs wurden der Bestand an vorhandenen Angeboten begutachtet und weiterführende Ziele familiengerechter Studienbedingungen sowie einer familienbewussten Personalpolitik definiert. Die daraus resultierenden Maßnahmen werden nun innerhalb der folgenden drei Jahre umgesetzt.

„Für die aktuelle Laufzeit des ‚audit familiengerechte hochschule‘ bis zum Herbst 2018 haben wir uns zum Ziel gesetzt, unsere familienbewusste Hochschulkultur weiter zu etablieren, ergänzende Verbesserungspotenziale zu identifizieren sowie Informationen über unsere familiengerechten Maßnahmen stärker zu bündeln und intern sowie extern zu kommunizieren“, fasst

Hochschul-Rektor Prof. Dr. Folker Roland zusammen. So wurde – orientiert am Beispiel des Wernigeröder Standortes – eine vertraglich abgesicherte Kinderbetreuung während der Tagesrandzeiten für die Studierenden am Halberstädter Fachbereich Verwaltungswissenschaften erreicht. „Wir zielen mit unserem Engagement darauf ab, die Bedingungen für studierende Eltern sowie MitarbeiterInnen mit Familienpflichten weiter zu verbessern, um die Situation für alle Hochschulangehörigen mit Familienaufgaben zu erleichtern und die Attraktivität der Hochschule durch ein familienbewusstes Image zu steigern“, so Roland, selbst zweifacher Familienvater.

Weitere kürzlich erfolgte Maßnahmen reichen von einer angepassten Prüfungsordnung zur besseren Vereinbarkeit von Studium und Familie über die Integration von Themen aus den Bereichen Prävention, Gesundheit und Pflege in der monatlich stattfindenden Vortragsreihe „GenerationenHochschule“ hin zur Einrichtung von Still- und Wickelräumen an beiden Hochschulstandorten und deren Erweiterung durch das Aufstellen von attraktiven Spielboxen.

„Darüber hinaus ist es uns wichtig, die Zufriedenheit unserer MitarbeiterInnen zu stärken sowie die Attraktivität der Hochschule als familienfreundlicher Arbeitgeber weiter zu erhöhen“, erklärt Hochschulleiter Roland. Eine flexible Gleitzeitregelung, kurze Abstimmungswege zwischen Mitarbeitern und Führungskräften sowie ein buntes Veranstaltungsprogramm mit einem hohen Anteil familienfreundlicher Angebote – von



der KinderHochschule, über das Campusfest, bis hin zur GenerationenHochschule – sind schon jetzt tragende Säulen einer familienbewussten Atmosphäre. Darauf aufbauend sollen das betriebliche Gesundheitsmanagement an der Hochschule weiter ausgebaut sowie Rahmenvereinbarungen zur Nutzung eines flexiblen Arbeitsortes aus familiären Gründen festgeschrieben werden.

**Bild:** Der Hochschule Harz wurde erneut die Zertifizierung „audit familiengerechte hochschule“ von der berufundfamilie gGmbH verliehen.

\* Dipl.-Kffr. (FH) Janet Anders, B.A.  
Kommissarische Leiterin des Dezernats Kommunikation und Marketing  
janders@hs-harz.de



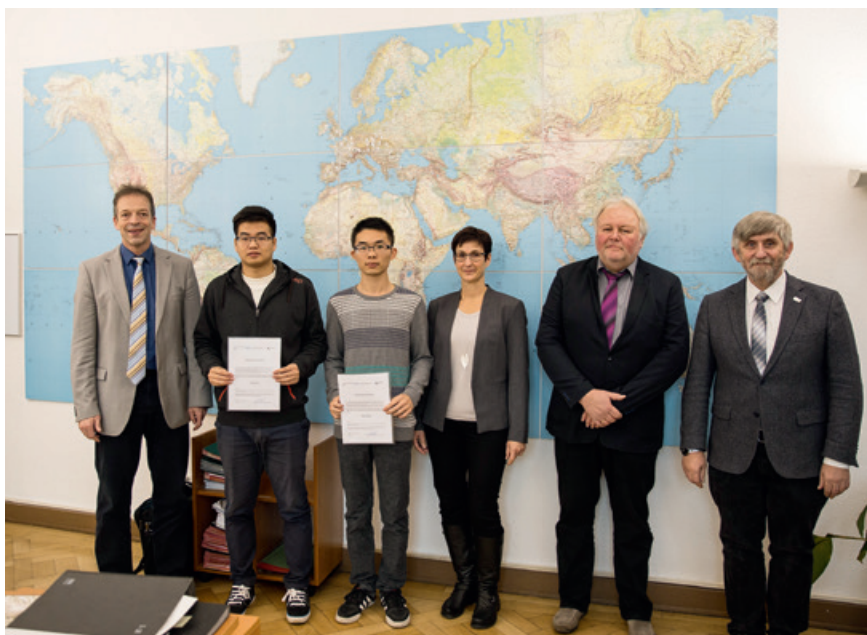
## Erneut Stipendien für hervorragende Leistungen an chinesische Austauschstudenten verliehen

Erfolgreiche Kooperation mit renommierter Chinesisch-Deutscher Hochschule \* Janet Anders

Besondere Ehre für zwei weitgereiste Studenten: Der Rektor Prof. Dr. Folker Roland überreichte Jiapeng Wu und Miao Zheng Stipendien-Urkunden des DAAD für ihre hervorragenden akademischen Leistungen. Die Förderung umfasst jeweils sechs mal 500 Euro, die über das gesamte Wintersemester ausgezahlt werden. Die jungen Männer studieren an der Chinesisch-Deutschen Hochschule für Angewandte Wissenschaften (CDHAW) der renommierten Tongji-Universität in Shanghai, seit 2009 Kooperationspartner der Hochschule Harz. Nach einem theoretischen Semester am Wernigeröder Fachbereich Automatisierung und Informatik, welches das in China begonnene Mechatronik-Studium vertieft, absolvieren beide im kommenden Jahr ihr Praktikum in einem deutschen Unternehmen und verfassen dort ihre Bachelor-Arbeit.

„Die Partnerschaft mit der CDHAW leistet einen wichtigen Beitrag zur internationalen Zusammenarbeit. Wir setzen auf eine intensive Betreuung der Austauschstudierenden und unterstützen sie auch bei der Suche nach einem Praktikumsbetrieb“, betont Prof. Dr. Bernhard Zimmermann, Dekan des Fachbereichs Automatisierung und Informatik. Der Informatiker hat die Kooperation initiiert und unterstützt sie engagiert: Im Mai nahm er an einem Lehr-export teil und unterrichtete für drei Wochen in Shanghai. Er freut sich über die Leistungen seiner Schützlinge: „Insgesamt begrüßen wir im Rahmen des Programms derzeit sechs Studenten und eine Studentin, deutschlandweit sind es etwa 60 Studierende. Jedes Jahr sind unsere Gäste unter den DAAD-Preisträgern; dass nun erneut zwei Stipendien nach Wernigerode gehen, ist beachtlich.“

Die Hochschule Harz ist der einzige Partner der CDHAW aus Sachsen-Anhalt und



einer der Wenigen aus den neuen Bundesländern. Der Fachbereich Automatisierung und Informatik gehört zu jenen, die pro Jahr am meisten chinesische Studierende aufnehmen. Bisher konnten schon über 30 Gäste aus Shanghai ihr Studium mit einem Doppelabschluss, also einem Bachelor-Grad der Tongji-Universität und der Hochschule Harz, beenden.

Die Chinesisch-Deutsche Hochschule für Angewandte Wissenschaften (CDHAW) wurde 2004 auf Initiative des chinesischen Bildungsministeriums (MoE) und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) nach dem Vorbild deutscher Fachhochschulen ins Leben gerufen. Träger der binationalen Hochschule sind auf der einen Seite die von dem deutschen Arzt Dr. Erich Paulun im Jahr 1907 gegründete Tongji-Universität mit 55.000 Studierenden und auf der anderen Seite 26 deutsche Partnerhochschulen. Führende Konsortialhochschule ist die Hochschule

Mannheim. Ziel der CDHAW ist es, Arbeitskräfte für deutsche Unternehmen auf dem chinesischen Markt auszubilden, die Konzentration liegt dabei auf angewandter Forschung und praxisorientierter Ausbildung. Die vierjährigen Doppel-Bachelor-Programme in den Studiengängen Mechatronik, Fahrzeugtechnik, Gebäudetechnik und Wirtschaftsingenieurwesen beinhalten einen einjährigen Deutschlandaufenthalt und wurden bisher von über 600 jungen Chinesen erfolgreich absolviert.

**Bild:** Übergabe der Stipendienurkunden an die CDHAW-Studenten Jiapeng Wu (2.v.l.) und Miao Zheng (3.v.l.) durch den Rektor Prof. Dr. Folker Roland (l.), Elke Stackfleth vom Akademischen Auslandsamt, Dekan Prof. Dr. Bernhard Zimmermann (r.) und Prof. Dr. Klaus-Dietrich Kramer (2.v.r.) vom Fachbereich Automatisierung und Informatik der Hochschule Harz.

\* Dipl.-Kffr. (FH) Janet Anders, B.A.  
Kommissarische Leiterin des Dezernats Kommunikation und Marketing  
janders@hs-harz.de

## Drei Prorektoren mit neuem Ressortzuschnitt in der Hochschulleitung

Minister Willingmann übergibt Ernennungsurkunde an Rektor Roland \* Janet Anders

**Nachdem Prof. Dr. Folker Roland Ende 2016 durch den erweiterten Akademischen Senat der Hochschule Harz zum hauptamtlichen Rektor gewählt wurde, fand nun die Übergabe der Ernennungsurkunde durch den Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung des Landes Sachsen-Anhalt, Prof. Dr. Armin Willingmann, statt. Im Anschluss hatte der Senat, ein Gremium aus gewählten Vertretern von Professoren, Mitarbeitern sowie Studierenden, über die neu aufgestellte Rektoratsstruktur zu entscheiden.**

Gewählt wurden die Prorektoren auf Vorschlag des Rektors, alle Kandidaten erhielten die mehrheitliche Zustimmung. So wird sich die Hochschulleitung neben dem Rektor und dem Kanzler auch weiterhin aus drei Hochschullehrern im Amt des Prorektors zusammensetzen, die jeweils einen Kompetenzschwerpunkt vertreten. Ab dem 1. März 2017 ist Prof. Dr. Louisa Klemmer für Studium, Lehre und Internationalisierung zuständig. Prof. Dr. Jens-Oliver Weiß verantwortet den Bereich Hochschulentwicklung und Gleichstellung, in seine Zuständigkeit fällt auch die Digitalisierung. Prof. Dr. Georg Westermann vertritt Forschung und Transfer. Die Wahl stieß auf großes Interesse, der Hörsaal war mit knapp 100 Hochschulangehörigen gefüllt. Nach der Wahl dankte Rektor Roland dem noch bis zum 28. Februar amtierenden Prorektor für Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) sowie E-Learning, Prof. Dr. Olaf Drögehorn, für dessen Einsatz und die sehr gute Zusammenarbeit; als Berater in IKT-Fragen wird er dem Rektorat auch in Zukunft zur Seite stehen.

### Prorektorin für Studium, Lehre und Internationalisierung

Prof. Dr. Louisa Klemmer (\*1974) wurde 2013 für Betriebswirtschaftslehre/Tourismusmanagement am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften an die Hochschule Harz berufen. Seitdem ist sie als Studiengangskordinatorin für den größten Studiengang – Tourismusmanagement – verantwortlich und fungierte auch als Gleichstellungsbeauftragte der

Hochschule. Die Mutter eines neunjährigen Sohnes ist verheiratet und lebt in Goslar, aufgewachsen ist sie in Deutschland, England, Spanien und den USA. Nach einem Soziologie-Studium an der Wake Forest University in North Carolina folgten Master-Studium und Promotion an der University of Florida. Die junge Professorin bringt zudem Praxiserfahrung mit: Über mehrere Jahre war sie im Management von fünf familienbetriebenen Hotels beschäftigt und hat als Mitgründerin und Inhaberin ein Restaurant in Gainesville, Florida, geführt.

### Prorektor für Hochschulentwicklung und Gleichstellung

Prof. Dr. Jens-Oliver Weiß (\*1968) wurde in Mannheim geboren und ist im Schwarzwald aufgewachsen. Seit 2011 ist er Professor für Verwaltungswissenschaften am Halberstädter Standort der Hochschule Harz. Er beschäftigt sich vor allem mit Veränderungsprozessen in kommunalen Verwaltungen sowie Wirkungen von E-Government und E-Partizipation, zuvor war er als Berater und Partner in verschiedenen Unternehmensberatungen tätig. Jens Weiß hat an der Philipps-Universität Marburg Politikwissenschaft, Volkswirtschaftslehre sowie Soziologie studiert und 1999 über die Entwicklung der Umweltpolitik promoviert.

### Prorektor für Forschung und Transfer

Prof. Dr. Georg Westermann (\*1962), geboren in Augsburg, ist seit 1997 an der Hochschule Harz beschäftigt, zunächst als Professor für Betriebswirtschaftslehre/Öffentliche Wirtschaft und ab 2006 mit dem Lehr- und Forschungsgebiet Prozessmanagement und Unternehmensberatung. In den Jahren 1998 bis 2000 wirkte er als Dekan des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften; von 2003 bis 2007 war er Prorektor für Studium, Lehre, Weiterbildung und Qualitätsmanagement, seit 2012 hat er die Position des Prorektors für Forschung und Internationales inne. Dem Institut für Dienstleistungs- und Prozessmanagement steht er seit 2009 als wissenschaftlicher Leiter vor. Er lebt seit 1997 in Wernigerode, ist verheiratet und Vater von drei Kindern.



### Rektor

Für Hochschul-Rektor Prof. Dr. Folker Roland begann die fünfjährige Amtszeit bereits einen Monat früher - am 1. Februar 2017. Zuvor leitete der 52-jährige Diplom-Kaufmann die Hochschule als amtierender Rektor, diese Aufgabe hatte er im Mai 2016 übernommen, nachdem der vorherige Rektor, Prof. Dr. Armin Willingmann, in das Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung des Landes Sachsen-Anhalt berufen wurde.

Folker Roland ist seit 1994 Professor für Betriebswirtschaftslehre mit dem Schwerpunkt Produktions- und Logistikmanagement am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften. Den jeweiligen Rektoraten gehörte er von 1997 bis 2000 und erneut seit 2007 als Prorektor für Studium, Qualitätsmanagement und Weiterbildung an. Er ist verheiratet und Vater zweier erwachsener Töchter. Zu den Stärken der Hochschule Harz zählt der neue Rektor das innovative Studienangebot, die intensive Vernetzung mit der Region und die starke Identifikation der Studierenden und Mitarbeiter mit der erst 25-jährigen Bildungseinrichtung. Zu den Herausforderungen der vor ihm liegenden Amtszeit erklärte er: „Als zentrale Aufgaben betrachte ich die Sicherung der Position der Hochschule Harz mit ihren 3.000 Studierenden, die Begleitung der Standortentwicklungsvorhaben sowie die Vernetzung der beiden Standorte in Wernigerode und Halberstadt.“

**Bild:** Neues Rektorat an der Hochschule Harz: Rektor Prof. Dr. Folker Roland, Prof. Dr. Louisa Klemmer, Prorektorin für Studium, Lehre und Internationalisierung, Prof. Dr. Jens-Oliver Weiß, Prorektor für Hochschulentwicklung und Gleichstellung, Prof. Dr. Georg Westermann, Prorektor für Forschung und Transfer. © Johannes Grünemeier

\* Dipl.-Kffr. (FH) Janet Anders, B.A.  
Kommissarische Leiterin des Dezernats Kommunikation und Marketing  
janders@hs-harz.de

## Interview

### Sarah Blachney – Sachbearbeiterin im Bereich Beschaffungswesen

#### **Studiengang und Abschlusssemester: Verwaltungsökonomie, 9. Semester**

#### **HS Welchen Berufseinstieg haben Sie gewählt und warum?**

**SB** Ich habe mich für einen Berufseinstieg in den öffentlichen Dienst entschieden. Dabei ist die Wahl auf eine Landesverwaltung gefallen. Das Landesverwaltungsamt (LVwA) hatte zum Zeitpunkt meiner Abschlusssemester gerade eine Ausschreibung herausgebracht, die sich „Nachausbildungsinitiative 2016“ nennt und Absolventen der Hochschule Harz sucht. Diese Ausschreibung hat mich sehr angesprochen. Vor allem da das LVwA ein interessanter und abwechslungsreicher Arbeitgeber ist und dazu noch ein sicherer. Alle Stellen sind unbefristet ausgeschrieben.

#### **HS Was war Ihren Ansprechpartnern im Bewerbungsgespräch wichtig? Wie ist das Bewerbungsgespräch abgelaufen?**

**SB** Im Bewerbungsgespräch war es den Ansprechpartnern vor allem wichtig, dass der Bewerber wusste, auf was er sich beim LVwA bewirbt. Der Bewerber sollte sich mit der Nachausbildungsinitiative

2016 auseinandergesetzt haben und wissen, was das LVwA ist und welche Aufgabengebiete es vertritt. Weiterhin war es ihnen wichtig zu wissen, warum man sich gerade dort beworben hat und für welche Abteilungen man sich interessiert. Die Ansprechpartnerin hat zudem sehr viel selbst über das LVwA erzählt und wie es zukünftig nach einer Anstellung ablaufen wird. In meinem Fall haben sie mir sogar schon das mögliche Einsatzreferat mitgeteilt. Das Gespräch war in seiner ganzen Länge nicht steif oder überfordernd. Alle vier Ansprechpartner waren sehr freundlich und entgegenkommend. Das Bewerbungsgespräch hat ca. eine halbe Stunde gedauert.

#### **HS Wie sieht ein typischer Arbeitstag bei Ihnen aus?**

**SB** Ein typischer Arbeitstag beginnt bei mir um 7:00 Uhr und endet um 16:00 Uhr, freitags 14:00 Uhr. Am Morgen sitzen wir als Team ca. 1 Stunde zusammen, um den Tag zu besprechen und Fragen zur Arbeit abzuklären. Danach geht jeder an seine Arbeit. Bei Fragen kann immer jemand gefragt werden. Alle sind sehr hilfsbereit. Zum Mittag geht man entweder in die hauseigene Kantine,

isst sein eigenes mitgebrachtes Essen im Büro oder geht raus in die Stadt. Jeder sowie er möchte.

#### **HS Was sind Ihre Hauptaufgaben?**

**SB** Meine Hauptaufgabe ist das Beschaffungswesen für das LVwA. Dort werde ich gerade eingearbeitet. Des Weiteren soll ich zukünftig auch Buchungen und Rechnungskontrollen übernehmen. Um immer auf dem aktuellen Stand im Beschaffungs- und Vergabewesen zu sein, werden jedes Jahr mehrere Fortbildungen besucht.

#### **HS Was würden Sie Studierenden des Fachbereichs Verwaltungswissenschaften für ihre Karriere raten?**

**SB** Man sollte immer das machen was einen interessiert und Spaß macht. Verwaltungsarbeit muss nicht langweilig und einseitig sein. Daher sollte man nicht gleich entmutigt sein, wenn einem die Arbeit nicht gefällt. Es gibt immer die Möglichkeit in ein Sachgebiet reinzuschneppern. Wenn einem die Arbeit Spaß macht und man gerne zur Arbeit geht ist das auch förderlich für die eigene Karriere, denn auch der Vorgesetzte bekommt dies mit.

\* Sarah Blachney, B.A.  
Sachbearbeiterin im Bereich Beschaffungswesen im Landesverwaltungsamt  
sarah.blachney@t-online.de

## Interview

### Christian Weber – Sachbearbeiter im Bereich gewerblicher Personenbeförderungs- und Güterkraftverkehr



**Studiengang und Abschlusssemester:**  
Öffentliche Verwaltung, 7. Semester

**HS Welchen Berufseinstieg haben Sie gewählt und warum?**

**CW** Mir war vor allem wichtig, in meiner Heimatregion bleiben zu können. Eine berufliche Karriere in einer Bundes- oder Landesbehörde kam daher für mich nicht in Frage. Die besten beruflichen Einstiegschancen auf kommunaler Ebene gibt es meiner Meinung nach bei den Landkreisen.

Während meiner Bewerbungsphase wurden im Landkreis Greiz drei Stellen öffentlich ausgeschrieben, auf die ich mich auch beworben habe. Den Zuschlag habe ich dann für die Sachbearbeiterstelle in der Unteren Straßenverkehrsbehörde erhalten. Die Stelle ist als Krankheitsvertretung befristet und wird im Rahmen der Entgeltgruppe 8 vergütet.

Eigentlich wollte ich immer in der Ausländerbehörde arbeiten, aber dort waren keine Stellen offen. Somit war es wichtig, zunächst erst einmal „einen Fuß in die Tür zu bekommen“. Da darf man nicht wählerisch sein. Die erste Stelle ist erfahrungsgemäß bei vielen meiner ehemaligen Kommilitonen befristet und nicht immer in dem Rechtskreis angesiedelt, den man sich ursprünglich vorgestellt hat.

**HS Was war Ihren Ansprechpartnern im Bewerbungsgespräch wichtig? Wie ist das Bewerbungsgespräch abgelaufen?**

**CW** Ich kannte den Sachgebietsleiter der Unteren Straßenverkehrsbehörde aus einem der zahlreichen Praktika, die ich im Rahmen meines Studiums beim Landkreis Greiz abgeleistet habe. Der Eindruck, den ich dort hinterlassen habe, war wohl nicht der schlechteste. Dennoch habe ich mich vorab bei ihm persönlich informiert, was die ausgeschriebene Stelle genau bein-

haltet. Zwar wurden in der Ausschreibung die Aufgabenfelder grob umrissen, aber es hat sich gelohnt noch einmal von ihm zu erfahren, was genau hinter den einzelnen Angaben steckt. Das hat er mir dann bei der Entscheidung bei der Stellenbesetzung hoch angerechnet. Es lohnt sich daher, mit einem Verantwortlichen des jeweiligen Amtes vor dem Bewerbungsgespräch persönlich zu reden. Damit hebt man sich von der Masse ab, und die Entscheidungsträger, zu denen auch die entsprechenden Sachgebiets- oder auch Amtsleiter gehören, wissen schon einmal, dass es dem Bewerber ernst ist.

Das Bewerbungsgespräch verlief dann eher locker. Neben Vertretern des Personalamts, saßen auch Vertreter des Personalausschusses und der Sachgebietsleiter der Unteren Straßenverkehrsbehörde in dem Entscheidungsgremium. Zunächst sollte ich aus meinem Leben erzählen und warum ich mich auf die Stelle beworben habe. Danach wurden mir seitens des Sachgebietsleiters eher allgemeine Fachfragen zu der Stelle gestellt, die ich aber weitestgehend beantworten konnte.

**HS Wie sieht ein typischer Arbeitstag bei Ihnen aus?**

**CW** Ich muss 40 Stunden in der Woche arbeiten. Ich fange 6.30 Uhr an und arbeite bis ca. 16.00 Uhr. Nach Abzug der Frühstücks- und Mittagspause komme ich damit auf etwas mehr als acht Stunden am Tag. Da ich in Gleitzeit arbeite, kann ich mir meine Arbeitszeit flexibel einteilen.

Wenn ich früh komme, lese ich erst einmal die Emails durch und schau, was am Tag alles ansteht. Nach der Frühstückspause arbeite ich bis 12.00 Uhr durch. Die Mittagspause begehe ich, wie die Frühstückspause auch, mit meinen Kollegen. Danach geht's bis 16.00 Uhr weiter.

**HS Was sind Ihre Hauptaufgaben?**

**CW** Zu meinen Hauptaufgaben zählt die Bearbeitung von Anträgen und sonstigen Angelegenheiten rund um den Bereich der gewerblichen Personenbeförderung und des Güterkraftverkehrs. Dabei bearbeite ich Anträge auf Neu- oder Wiederausstellung von Genehmigungen für den Taxen-, Mietwagen- und Ausflugs-/Ferienzielverkehr, prüfe die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen seitens der Unternehmen und leite bei gesetzlichen Fehlverhalten Ordnungswidrigkeitsverfahren ein. Ansonsten stelle ich Erlaubnisse und Lizenzen für den nationalen und internationalen Güterkraftverkehr aus. Dabei betreue und pflege ich Datenbanken, auf die auch das Bundesamt für Güterverkehr zugreift. Zusätzlich stelle ich Sonntags- und Feiertagsfahrgenehmigungen aus.

**HS Was würden Sie Studierenden des Fachbereichs Verwaltungswissenschaften für ihre Karriere raten?**

**CW** Zunächst erst einmal am Anfang nicht allzu wählerisch zu sein und jede Chance zu nutzen, so schnell wie möglich Berufserfahrung zu sammeln. Die erste Stelle wird nur selten die Traumstelle sein. Außerdem ist es wichtig zu wissen, wo die eigenen Stärken und Schwächen liegen. Wer nicht gut in Mathe ist und sich während des Studiums durch die finanzwirtschaftlichen Module gequält hat, der sollte sich gut überlegen, ob er sich wirklich auf eine Stelle im Rechnungsprüfungsamt oder der Kämmerei bewerben will. Die kommunale Verwaltung ist vielfältig. Da sollte für Jeden was dabei sein. Ich werde mich in absehbarer Zeit auch anderweitig bewerben und versuchen, meinem Ziel, irgendwann einmal in der Ausländerbehörde zu arbeiten, näher zu kommen.

\* Christian Weber, B.A.  
Sachbearbeiter im Bereich gewerblicher Personenbeförderungs- und Güterkraftverkehr  
octavian6314@posteo.de

## Interview

### Dirk Heinemann – Studierender im Master-Studiengang Public Management berufsbegleitend



#### HS Was hat Sie bewogen, sich für die Hochschule Harz zu entscheiden?

**DH** Zum einen war es das Angebot des berufsbegleitenden Masterstudiengangs, der andere Grund ist die räumliche Nähe zum Wohnort. Ich wohne in der Stadt Osterwieck im Landkreis Harz.

#### HS Welche berufliche Tätigkeit üben Sie aus?

**DH** Ich bin Beamter im gehobenen Dienst der niedersächsischen Steuerverwaltung und werde dort als Betriebsprüfer eingesetzt. Weiterhin bin ich als Reserveoffizier für die Bundeswehr tätig, ich arbeite ehrenamtlich als Mitglied des Kreistages des Landkreises Harz und als Stadtratsvorsitzender der Stadt Osterwieck.

#### HS Welche bleibenden Eindrücke hat das Studium am Standort Halberstadt bis jetzt bei Ihnen hinterlassen?

**DH** Zunächst einmal machen die Gebäude auf mich einen sehr gelungenen Eindruck. Die alte Domprobstei mit dem ehemaligen Rathaus durch einen Zweckneubau zu verbinden und dabei den altherwürdigen Eindruck der Gebäude nicht zu zerstören, halte ich für absolut gelungen. Soweit zum ersten Eindruck, den ich hier gewonnen habe. Dadurch, dass ich 1992 mein Abitur, nur einen Steinwurf von der Hochschule entfernt, im Martineum, abgelegt habe, fühle ich mich ein wenig so, als wäre ich heimgekehrt. Zu den absolut positiven Eindrücken hinsichtlich des Studiums zähle ich die sehr persönli-

che Betreuung seitens der Professoren und das Interesse der Lehrkräfte an der persönlichen Entwicklung. Sehr positiv fällt mir auch der kameradschaftliche Umgang der Studenten im Hörsaal und auch über die Hörsaalgrenzen hinweg auf.

#### HS Wie fühlen Sie sich durch das Studium auf die Praxis vorbereitet?

**DH** Dadurch, dass ich schon über zwanzig Jahre im Dienst bin und allein neun Jahre als ehrenamtlicher Bürgermeister eine Gemeinde führen konnte, fühle ich mich, auch ohne Studium, „auf dem Dienstweg wie zu Hause“. Aber im Studium konnte ich bisher etwas über völlig neue Rechtsgebiete lernen und mir neue Erkenntnisse aneignen.

#### HS Welche Ratschläge würden Sie den heutigen Studierenden – Erstsemestern – mit auf den Weg geben?

**DH** Ohne Scheu an das Studium herangehen und sich nicht von Rückschlägen entmutigen lassen. Sich erreichbare Ziele setzen und immer kleine Träume haben, die man auch verwirklichen kann. Man sollte auch daran denken, bei erfolgreichem Abschluss kann man einen Beruf ausüben, der verantwortungsvoll und interessant ist.

#### HS Wie sehen Ihre Zukunftspläne aus?

**DH** Ich möchte meinen Abschluss hier an der Hochschule Harz schaffen, meine Kinder, die 16 und 18 Jahre alt sind, bei ihrem Start ins Studium und Berufsleben begleiten und meine Heimat in den politischen Gremien, in denen ich arbeite, mitgestalten.

\* Studierender Dirk Heinemann, B.A.  
Studiengang Public Management berufsbegleitend  
u30683@hs-harz.de

## Interview

### Christopher Buß, B.A. – Stadtinspektor auf Probe im Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf



#### Studiengang und Abschlusssemester: Verwaltungsökonomie, 8. Semester

#### HS Welchen Weg haben Sie nach dem Studium der Verwaltungsökonomie eingeschlagen ?

**CB** Mein Weg führte mich direkt im Anschluss, also wenige Tage nach der Verteidigung meiner Bachelorarbeit, nach Berlin und dort in das Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf, in welchem ich als Stadtinspektor auf Probe ernannt wurde. Dort besetze ich derzeit, im Rahmen des Rotationsverfahrens innerhalb der Probezeit, die Widerspruchsstelle im Wohngeldamt des Bezirkes und bin darüber hinaus mit den damit zusammenhängenden Ordnungswidrigkeitenverfahren betraut.

#### HS Zu welcher Thematik haben Sie Ihre Abschlussarbeit geschrieben?

**CB** In meiner Bachelorarbeit setzte ich mich mit dem Beschwerdemanagement in der Kommunalverwaltung am Beispiel der Stadt Halberstadt auseinander. Ein definitiv sehr interessantes Thema, welches beispielsweise auch die Berliner Verwaltung für sich entdeckt hat und nach und nach bezirksübergreifend einführt..

#### HS Welche bleibenden Eindrücke hat das Studium bei Ihnen hinterlassen?

**CB** Wesentlich waren der enge Kontakt zu den Professoren und Dozenten und eine damit verbundene Motivation hinsichtlich der eigenen fachlichen Ausrichtung im Bezug zu den Verwaltungswissenschaften. Das Studium ist interdisziplinär ausgerichtet und demzufolge kommt man mit den Professoren und Dozenten in Verbindung, welche durch ihre individuelle Biografie die unterschiedlichsten Erfahrungen mit in die jeweiligen Vorlesungen eingebracht haben. Das war ungemein interessant und ermöglichte verschiedene Sichtweisen auf ein und denselben Sachverhalt.

#### HS Wenn Sie auf Ihre Studienzeit zurückblicken, wie lautet Ihr Fazit?

**CB** Meine Studienzeit hat mich Schlüsselkompetenzen sowie meine fachlichen Kompetenzen enorm weiterentwickeln lassen und mir damit Möglichkeiten eröffnet, die ich vorher nicht besaß. Somit ist mein Fazit ausschließlich positiv.

#### HS Wie fühlen Sie sich durch das Studium auf die Praxis vorbereitet?

**CB** Das kommt ganz darauf an, wie man seine Zeit im Studium individuell genutzt hat. Ich arbeite derzeit in einem Bereich, welchen ich im Studium eher gemieden habe (Allgemeines Verwaltungsrecht, Rechtsanwendung) und hätte ich mich selbst innerhalb des Studiums umfassender damit auseinandergesetzt, würde es mir nun wohl etwas leichter fallen, mich schnell(er) in das Sachgebiet einzufinden. Wesentlich ist aber, dass durch die bereits angesprochene Interdisziplinarität des Studiums den Studierenden wesentliche Kompetenzen an die Hand gegeben werden. Mit diesen ist es definitiv möglich, sämtliche zukünftige Herausforderungen zu meistern. Der Vorgang des Lernens ist mit dem Studium nicht abgeschlossen; das Handwerkszeug zur Bewältigung der Aufgaben innerhalb der Praxis ist durch das Durchlaufen des Studiums vorhanden.

#### HS Welche Ratschläge würden Sie den heutigen Studierenden mit auf den Weg geben?

**CB** Ich bin der Ansicht, dass es wichtig ist, sich während des Studiums nicht zu sehr ablenken zu lassen. Zielgerichtetheit zahlt sich in Form von Erfolg aus und motiviert zur Überwindung der nächsten Hürden. Dennoch ist es enorm wichtig, gerade in den semesterübergreifenden Projekten und in den Vertiefungsrichtungen, sich als Gruppe zu bewähren um gemeinsam die dort gestellten Aufgaben zu bewältigen. Das ist, nebst den zu absolvierenden Praktika, die einzige

Möglichkeit, sich auf die unterschiedlichsten Charaktere und den damit verbundenen (auch möglicherweise unangenehmen) Situationen in der Praxis einzustellen

#### HS Wie glauben Sie, werden die Absolventen des Fachbereichs Verwaltungswissenschaften in der Praxis aufgenommen?

**CB** Definitiv mit offenen Armen; auf Grund der Altersstruktur innerhalb der öffentlichen Verwaltung und der oftmals versäumten weitsichtigen Personalpolitik in der Vergangenheit, haben die Absolventen es so einfach in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis zu gelangen, wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Wer das Studium erfolgreich absolviert hat und nicht zwangsweise an einen bestimmten Wohnort gebunden ist, wird demnach keinerlei Probleme haben, an eine aussichtsreiche Anstellung/Verbeamtung zu gelangen, die zudem dem Interessenbereich des Absolventen entspricht.

#### HS Wie sehen Ihre Zukunftspläne aus?

**CB** Zunächst werde ich mich in der Probezeit meiner Laufbahn bewähren und die Möglichkeit nutzen, in die unterschiedlichsten Bereiche des Bezirksamtes hineinzuschauen. Das entscheidet darüber, wie ich mich in Zukunft ausrichte. Dementsprechend werde ich stetig darauf hinarbeiten mich fachlich weiterzubilden, um weitere und vielfältige Kompetenzen erlangen zu können. Die Bereitschaft für ein lebenslanges Lernen ist einer meiner wesentlichen Grundsätze und wird in meiner Dienstbehörde durchaus gefordert und gefördert. Das schafft für mich die Voraussetzung, mich stetig weiterzuentwickeln, damit mir in der Zukunft darauf aufbauende anspruchsvolle(re) Aufgaben übertragen werden können und ich den damit verbundenen höheren Anforderungen erfolgreich begegnen kann.

\* Christopher Buß, B.A.  
Stadtinspektor auf Probe im Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf  
christopher.bu@gmx.de

## Hochschule knüpft Bande nach Russland

### Hochschule Harz schließt Kooperationsvereinbarung mit der russischen Universität Woronesch \* Anna Lücke

**Die internationalen Kontakte der Hochschule Harz gehen weiter voran. Neben den 61 europäischen Partnerhochschulen zählt die russische Staatliche Universität Woronesch nun zu einer der 13 weltweiten Partnerhochschulen der Hochschule Harz.**

Im Rahmen der Konferenz zum Thema „Globalisierung und Integration“ anlässlich des 10. Jahrestages der Abteilung für Internationales und Europäisches Recht an der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Woronesch war Prof. Dr. Frank Altemöller nach Russland gereist, um neue Bande für die Hochschule Harz zu knüpfen. Stellvertretend für die Hochschule Harz unterzeichnete Prof. Dr. Frank Altemöller, Professor für Europarecht und Europäisches Verwaltungsmanagement am Fachbereich Verwaltungswissenschaften, die Kooperationsvereinbarung mit der russischen Universität Woronesch.

Die staatliche Universität Woronesch zählt zu den russischen Spitzenuniversitäten im Bereich Lehre und Forschung. Seit mehreren Jahrzehnten ist die Universität aufgrund ihrer anspruchsvollen und erfolversprechenden Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten ein Anziehungspunkt für junge Menschen sowohl in der Stadt

Woronesch als auch in anderen Gebieten Zentralrusslands. Mit ihrer Gründung im Jahre 1918 zählt die Universität zu den ältesten russischen Universitäten.

Durch die Kooperationsvereinbarung bietet sich den Studierenden der Hochschule Harz die Möglichkeit, ein Auslandssemester in Russland zu absolvieren. Die Stadt Woronesch ist ein bedeutendes Verwaltungs-, Industrie- und Kulturzentrum Russlands, das 500 km südlich von Moskau liegt. Etwa 1 Million Menschen wohnen in dieser Großstadt, davon 120.000 Studierende verteilt auf mehr als 30 Hochschulen.

**Bild (v.l.n.r.):** Prof. Dr. F. Altemöller, Prof. Dr. P. Biryukov, Associate Professor Dr. S. Racheva (Tyumen State University), Professor Dr. S. Kashkin (Moscow State Law University), Prof. Dr. A. Klemin (Kazan University), Associate Professor M. Vorob'ev (Kursk State University).

(Hintere Reihe): Associate Professor Dr. N. Novikova, Dr. A. Bondarev, Dr. A. Sivoplyas (Ural State University of Law), Dr. A. Ispolnov (Moscow State University).



\* Studierende Anna Lücke  
Studiengang Verwaltungsökonomie  
u29119@hs-harz.de

## Besuch der Universität in Opava im November 2016

### Internationale Hochschulkontakte zwischen Forschung und Studierendenaustausch \* Wolfgang Beck

**Hochschulen leben nicht zuletzt von internationalen Kontakten und Kooperationen. Die Stärkung der Zusammenarbeit war Gegenstand des Aufenthalts von Prof. Dr. Wolfgang Beck an der Partneruniversität Opava im November 2016. Der nachfolgende Bericht schildert die Aktivitäten und die vielfältigen Eindrücke.**

Auf Einladung der Fakultät für Öffentliche Politik(en) habe ich vom 11.–25.11.2016 die Schlesische Universität Opava (SLU) besucht und dort an den Aktivitäten zum Programm

„Internationalization of the Faculty  
of Public Policies in Opava“

teilgenommen. Neben ausgesprochen interessanten Informationen über die internationalen Kontakte, davon zahlreiche Kooperationen mit Hochschulen der Nachbarländer Slowakei, Polen und Ungarn, standen Gespräche über eine verstärkte Forschungszusammenarbeit und die Förderung des Studierendenaustausches im Vordergrund. Bei der Forschungsk Kooperation soll der Fokus auf Fragen des kommunalen Finanz ausgleichs, von sinnvollen Verwaltungsstruk-



**SILESIAN  
UNIVERSITY**  
FACULTY OF PUBLIC  
POLICIES IN OPAVA

tur-Reformen und auf die demographische Situation in beiden Ländern gelegt werden. Aus kommunalpraktischer Sicht bedeutend, erscheint mir die Anregung der Prodekanin, Dr. Kolarikova, tschechische und deutsche Regelungen zum Betreuungs- sowie zum Kinder- und Jugendhilferecht unter Einbeziehung von EU-Regelungen zu vergleichen und zu bewerten.

Der Aufenthalt wurde bereichert durch einen Besuch der Universitätsstadt Olomucz mit zahlreichen historischen Gebäuden, die nicht nur Museen und Behörden beherbergen, sondern auch von den Fakultäten der dortigen Universität genutzt werden. Die Stadt Opava (Einwohnerzahl ca. 60.000) zeigte sich am 17. November - dem tschechischen Gedenktag des Kampfes für Freiheit und Demokratie - von ihrer besten Seite: Ein abendlicher Umzug wies zahlreiche karnevalistische Elemente auf, - kein Wunder, wurde die Veranstaltung maßgeb-

lich von Schauspielern, Studierenden und Schülern der Stadt gestaltet.

Auf großes Interesse stieß die - gemeinsam mit dem dortigen Akademischen Auslandsamt organisierte - Informationsveranstaltung mit Studierenden des Instituts für zentraleuropäische Studien, bei der ich die Hochschule Harz und den Fachbereich Verwaltungswissenschaften vorstellen und auf englischsprachige Veranstaltungen am Fachbereich sowie auf die Möglichkeit zu Kurzpraktika bei hiesigen Behörden aufmerksam machen konnte. Eine Finanzierung ist über das ERASMUS-Programm auch für Praktika möglich. Anschließend fand nach meinem Kurzvortrag eine rege Diskussion über Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Verwaltungsorganisation in Tschechien und Deutschland statt.

Insgesamt habe ich die Studierenden und KollegInnen der Universität Opava und insbesondere des Fachbereichs Öffentliche Politik(en) als offene, engagierte und diskussionsfreudige Menschen kennen und schätzen gelernt. Es ist zu wünschen, dass die neuen Kontakte auch zu einem verstärkten wechselseitigen Studierendenaustausch ermutigen.

\* Prof. Dr. Wolfgang Beck  
Professur für Verwaltungsrecht/Kommunalrecht, Prodekan für Studium und Lehre  
wbeck@hs-harz.de



## Besuch der International Days an der Mykolas Romeris University in Vilnius/Litauen \* Jens-Oliver Weiß, Andreas Schmid

Die Zusammenarbeit mit der Mykolas Romeris University in Vilnius/Litauen haben Andreas Schmid und Jens-Oliver Weiß mit einem Besuch vom 7.-10. November 2016 weiter vertieft. Die beiden Professoren des Fachbereichs Verwaltungswissenschaften beteiligten sich mit Vorlesungen zu Big Data in öffentlichen Verwaltungen (Schmid) und der Durchführung und Wirkung von Verwaltungsfusionen (Weiß) am Programm der International Days der Partnerhochschule.

Neben der Teilnahme an einer Konferenz zum Thema Open Government für litauische Kommunen standen Treffen zur Vertiefung der Kooperation mit den litauischen Kolleginnen und Kollegen sowie weiteren Hochschulen aus Polen, Lettland, den Niederlanden und den USA auf dem Programm. Mit einem Buchprojekt und der Arbeit an einem gemeinsamen Forschungsförderantrag für ein litauisch-deutsches Projekt soll die Zusammenarbeit fortgesetzt werden.



Wir danken Prof. Dr. Mantas Bileišis für Einladung und Organisation und der Hochschule Harz für die Unterstützung aus Mitteln des ERASMUS Programms.

**Bild:** Vortrag von Prof. Dr. Andreas Schmid auf der Open Government-Konferenz.

\* Prof. Dr. Jens-Oliver Weiß  
Professur für Verwaltungswissenschaften  
jweiss@hs-harz.de

\* Prof. Dr. Andreas Schmid  
Professur für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre mit dem  
Schwerpunkt des öffentlichen Haushalts- und Rechnungswesens  
aschmid@hs-harz.de

## Erste konkrete Kooperationsprojekte der Hochschulen für den öffentlichen Dienst gestartet

Im Oktober trafen sich die Rektorinnen und Rektoren der Hochschulen für den öffentlichen Dienst im Rahmen der jährlich zweimal stattfindenden Rektorenkonferenz an der Hochschule der Bundesagentur für Arbeit in Schwerin. \* Anne Herrmann

Die Teilnehmer diskutierten über die Herausforderungen und kooperativen Strategien, E-Learning und Öffentlichkeitsarbeit, Migration und weitere interessante Themen. Dabei lag der Schwerpunkt auf der Frage nach möglichen und sinnvollen Kooperationen zwischen den einzelnen Institutionen auch als Dienstleister für die öffentlichen Verwaltungen. „Zwei konkrete Kooperationsprojekte nehmen nun Form an. Diese und weitere Maßnahmen werden den öffentlichen Dienst im ganzen Land auf lange Sicht stärken“, betonte der Präsident der Rektorenkonferenz Professor Paul Witt, Rektor der Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl.

Die Hochschulen für den öffentlichen Dienst in der Bundesrepublik sehen sich oft ähnlichen Anforderungen gegenüber. Die Rektorenkonferenz sieht es daher als eine ihrer Aufgaben, den Austausch weiter zu stärken und die Basis für einen

Wissenstransfer in Lehre, Fortbildung und Forschung zu schaffen. Prof. Dr. Jürgen Stember, Dekan des Fachbereichs Verwaltungswissenschaften der Hochschule Harz, präsentierte dazu in einem Vortrag die interessanten Ergebnisse seiner Studie zu den Kooperationsvoraussetzungen der Mitgliedshochschulen. „Die Voraussetzungen und Aktivitäten der Hochschulen sind sehr unterschiedlich, aber es gibt sehr viele Gemeinsamkeiten, die nur besser gebündelt, koordiniert und auch vermarktet werden müssen. Durch diese Kooperationen können viele Potenziale erschlossen werden,“ so der Halberstädter Dekan. Konkrete Formen nimmt nun das Kooperationsvorhaben im Bereich der Angewandten Forschung an. Zur Gründung eines Kooperationsverbunds „Forschende Hochschulen für öffentliche Verwaltung (HöV) in Deutschland“ trafen sich am 24. und 25. November 2016 die Forschungsbeauftragten der jeweiligen Hochschulen in Kehl zu

einem ersten Workshop. Zielstellung war die Definition und Identifikation von Entwicklungsnotwendigkeiten und -potenzialen für die bundesweite Zusammenarbeit.

Forschung gehört zu jeder Hochschule und damit auch zu denjenigen, die sich speziell mit dem öffentlichen Dienst befassen. Um forschende Studierende zu motivieren, schreibt die Rektorenkonferenz im Frühjahr 2017 einen Preis für die drei besten Master-, Bachelor- oder Abschlussarbeiten aus. Jede Hochschule kann eine Arbeit einreichen. Diese sollen einen besonderen Praxiswert aufweisen. Die Geldpreise stif-

**Bild:** Vertreter von über 20 Hochschulen für öffentliche Verwaltung aus der gesamten Bundesrepublik trafen sich zur Rektorenkonferenz an der Hochschule der Bundesagentur für Arbeit in Schwerin.

Vanessa Schmidt, Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl.



tet der Deutsche Beamtenbund. Der erste Preis ist mit 1.000 Euro dotiert. Die Preise zwei und drei mit 600 Euro bzw. 400 Euro.

Auch das große Thema Migration geriet in den Fokus der Konferenz. So sprach u.a. Dr. Ralf Schäfer, leitender Ministerialrat, stellv. Abteilungsleiter im Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg bei der Herbstkonferenz in Schwerin über Migration und ihre Bedeutung für den öffentlichen Dienst. Die Teilnehmer waren sich einig, dass die Sensibilität der Mitarbeiter im Umgang mit Geflüchteten geweckt werden muss. Die nächste Rektorenkonferenz findet vom 10. bis 12. Mai 2017 in Berlin statt.

#### Hintergrund

Die Rektorenkonferenz der Hochschulen für den öffentlichen Dienst hat aktuell

38 Mitgliedshochschulen. Diese kommen aus den (Fach)Hochschulen für öffentliche Verwaltung, den Fachbereichen für Verwaltungswissenschaften, den Fachhochschulen der Polizei und aus einigen anderen ausgewählten (Fach)Hochschulen, die für den öffentlichen Dienst in ganz Deutschland ausbilden. Die Mitglieder (Rektoren, Studiengangleiter, Dekane von Verwaltungsstudiengängen) repräsentieren derzeit über 50.000 Studierende und treten jährlich zweimal zu einer Frühjahrs- und Herbsttagung zusammen. Dort behandeln die Mitglieder aktuelle Fragestellungen der wissenschaftlichen und praktischen Entwicklung rund um den öffentlichen Dienst der gesamten Bundesrepublik.

Die Rektorenkonferenz wählt aus ihrer Mitte ein fünfköpfiges Präsidium. Dieses Gremium setzt sich seit der Wiederwahl

im Oktober 2015 zusammen aus Präsident Prof. Paul Witt (Rektor der Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl) und den weiteren Mitgliedern Rainer Grieger (Präsident der Fachhochschule der Polizei des Landes Brandenburg), Prof. Dr. Dr. Erich Keller (Rektor der Hochschule der Deutschen Bundesbank), Prof. Dr. Jürgen Stemmer (Dekan des Fachbereichs Verwaltungswissenschaften der Hochschule Harz) und Klaus Weisbrod (Direktor der Hochschule für öffentliche Verwaltung Rheinland-Pfalz). Das Präsidium wird alle zwei Jahre gewählt.

\* Anne Herrmann, LL.M.  
Beauftragte für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit am Fachbereich Verwaltungswissenschaften  
aherrmann@hs-harz.de

Urquelle: Vanessa Schmidt, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit,  
presse@hs-kehl.de

## Bachelor-Thema: Kommunale Bürgerhaushalte in der wissenschaftlichen Evaluation

### Was bringt die E-Partizipation den Kommunen? \* Maria-Stephanie Zobel

Kennen Sie das Partizipationskonzept des Bürgerhaushalts? Nein? Dabei wird es als einer der beliebtesten Ansätze gehandelt, Bürgerbeteiligung und überhaupt Demokratie zu vitalisieren. Immerhin steht im Jahr 2015 laut 8. Statusbericht des Portals Buergerhaushalt.org für 128 Kommunen die Einführung des Bürgerhaushalts zur Diskussion. Zahlreiche Kommunen führen das Beteiligungsangebot bereits durch. Aber die Zahl der Kommunen, die den Bürgerhaushalt wieder eingestellt haben, wächst stetig.

Der Bürgerhaushalt soll nicht, wie es der Begriff vermuten lassen könnte, Haushaltsentscheidungen komplett in Bürgerhände legen; dieses Hoheitsrecht behält sich weiterhin der Kommunalrat vor. Aber die Bürger sollen tatsächlich am Policy-Making des kommunalen Haushalts mitbestimmen können – beratend, nicht entscheidend.

In der Bundesrepublik Deutschland findet eine solche Beteiligung (beinahe) immer über elektronische, genauer digitale Medien statt. Den Bürgern wird ein Portal bereitgestellt, auf dem Vorschläge durch sie eingegeben, kommentiert und bewertet werden können. Einige Kommunen bieten daneben auch alternative Beteiligungswege und in Ergänzung sogar dialogische Real-Life-Foren an. Aber der Hauptteil des Verfahrens läuft über das E-Format.

Fraglich ist, ob ein Bürgerhaushalt in seiner E-partizipativen Gestalt überhaupt die gesteckten Ziele erfüllen kann (z. B. Dialog zwischen Verwaltung, Politik und Bürgerschaft verbessern, Haushaltstransparenz schaffen, weniger Politikverdrossenheit und mehr politische Beteiligung generieren). Denn das Nicht-Erfüllen der Ziele könnte ursächlich für die beachtliche Zahl an Verfahrenseinstellung sein (52).

Mit der Erfolgsbeurteilung des Bürgerhaushalts haben sich bereits einige Evaluationen beschäftigt. Die Effekte der Bürgerhaushalte von insgesamt 21 Kommunen wurden in den vergangenen Jahren evaluiert. Keine geringe Anzahl, möge man meinen, aber diese sind in ihrer Erhebung, ähnlich der Vielgestalt der Bürgerhaushalte, äußerst divers. „Was bringt ...?“ beantwortet jede Evaluation anders.

In ihrer Bachelor-Arbeit stellt die Autorin die Herangehensweisen und Ergebnisse der Evaluationen in einem Review zusammen. Sozialwissenschaftliche Reviews haben den Vorteil, da sie die Evidenzen einzelner Evaluationen auf eine gemeinsame Datenbasis heben, über einzelne Kommunen hinweg Aussagen treffen zu können. So lässt sich „Was bringt ...?“ tiefer beantworten. Für die 128 Kommunen, aber auch für diejenigen, die den Bürgerhaushalt durchführen, bietet diese Analyse ein breites wissenschaftliches Urteil.

\* Studierende Maria-Stephanie Zobel  
Studiengang Wirtschaftsökonomie  
u29566@h-harz.de

## Hochschule Kehl organisiert Forschungsworkshop

### Bundesweite Vernetzung von Forschung an den Hochschulen öffentlicher Verwaltung \* Jürgen Stember


**Auf Einladung der Hochschule Kehl in Baden-Württemberg trafen sich am 24. und 25. November 2016 zahlreiche Teilnehmer aus zehn der bundesweit 38 Hochschulen für den öffentlichen Dienst (HöD) zu einem ersten Erfahrungsaustausch über angewandte Forschung. Grundlage des Treffens war eine von Prof. Dr. Joachim Beck ausgearbeitete Ideenskizze sowie eine auf dieser Basis von der Rektorenkonferenz der Hochschulen für den öffentlichen Dienst in Auftrag gegebene Studie, über die Vernetzungspotenziale der Hochschulen für öffentliche Verwaltung. Diese Studie wurde von Prof. Dr. Jürgen Stember, Dekan der Hochschule Harz und Mitglied im Präsidium der Rektorenkonferenz der Hochschulen für den öffentlichen Dienst, durchgeführt.**

Nach einer kurzen Einleitung durch Herrn Thomas Marwein, MdL und Mitglied des Wissenschaftsausschusses des Landtags Baden-Württemberg, der auch die Grüße der Baden-Württembergischen Wissenschaftsministerin Theresia Bauer überbrachte, wurde in der ersten Diskussionsrunde deutlich, dass es in Lehre und Fortbildung zwar bereits erfolgreiche Modelle der Vernetzung gibt, in den Bereichen Forschung und Wissenstransfer noch erhebliches Optimierungspotential vorhanden ist. Trotz der unterschiedlichen Ausrichtungen der teilnehmenden Hochschulen waren aber auch viele Gemeinsamkeiten in Bezug auf strukturelle Probleme und die Tatsache, dass Forschung auf der Ebene der HöDen zu großen Teilen dem Engagement und den Kontakten einzelner Dozenten zu verdanken ist, erkenn-

bar. Obwohl die bisherigen Erfahrungen in der angewandten Forschung und der Forschungsförderung sehr unterschiedlich sind, wurden bereits am ersten Tag vielfältige, bislang aber noch wenig genutzte Kooperationsmöglichkeiten sichtbar. Der rege Erfahrungsaustausch wurde im Rahmen eines Abendprogrammes in Straßburg weitergeführt. Den Auftakt machte hierzu ein Vortrag über den European Campus.

Am folgenden Tag lag das weitere Vorgehen im Fokus der Diskussion. Hier wurde schnell klar, dass den Teilnehmern des Workshops eine engere Vernetzung in diesem Kreis wichtig ist. Eine weitere Kooperation im Rahmen eines vorerst inoffiziellen Arbeitskreises war erwünscht. Nicht im Fokus stand dabei die explizite Einwerbung von Drittmitteln. Im Laufe der Diskussion zeichnete sich ab, perspektivisch eine regelmäßige Tagungsreihe durchzuführen, mit der die angewandte Forschung im

durch Interdisziplinarität geprägten Feld der Verwaltung besser positioniert werden kann, denn universitäre Konferenzen sind oft zu theoretisch, an Praktiker gerichtete Formate oft zu wenig forschungsaffin. Zur Koordination der Vorbereitungsarbeiten wurde eine kleine Arbeitsgruppe eingesetzt, welche die weiteren thematischen und methodischen Abstimmungen koordinieren wird. Die erste Tagung ist für November 2017 in Berlin geplant. Abgeschlossen wurde der Workshop durch Rektor Professor Witt, der als Präsident der Rektorenkonferenz der HöD von den Teilnehmern gebeten wurde, das Thema Forschung auch in diesem Rahmen weiter zu forcieren und um Unterstützung für die forschenden Akteure zu werben.

**Bild:** Vertreterinnen und Vertreter des ersten übergreifenden Forschungsworkshop der HöD in Kehl.  HS Kehl.



\* Prof. Dr. Jürgen Stember  
Professur für Verwaltungswissenschaften  
jstember@hs-harz.de

## Otto zu Stolberg-Wernigerode: Der Sozialreformer aus dem Harz

Eine Erinnerung an Bismarcks unterschätzten Stellvertreter \* Olesya Herfurth, André Niedostadek

**Im November 2016 jährte sich zum 120. Mal der Todestag von Fürst Otto zu Stolberg-Wernigerode. Der Hausherr des Wernigeröder Schlosses ist vor allem für die Umgestaltung der Anlage bekannt. Zu seinen Verdiensten zählt jedoch auch ein bedeutender politischer Schritt, der Deutschland in einen Sozialstaat verwandelte.**

### 19. Jahrhundert – Zeit der sozialen Kontraste

Das 19. Jahrhundert stellt vieles auf den Kopf. Der Wandel ist radikal, nicht einmal die gesellschaftlichen Verhältnisse bleiben unberührt. Mit dem Proletariat entsteht sogar eine ganz neue Gesellschaftsklasse. Erfindungen wie die Eisenbahn, die Dampfmaschine oder mechanische Webstühle fördern den wirtschaftlichen Aufschwung. Aus dem Agrarstaat wird ein Industriestaat. Viele Bauern verlassen das Land, um ihr Glück in der Industrie zu suchen. Das Großstadtleben lockt.

Auch Graf Otto zu Stolberg-Wernigerode beschäftigt hunderte Arbeiter in seinen Betrieben. Sein engster Mitarbeiter Robert Bosse beschreibt ihn als „ungewöhnlich begabt, geschäftlich geschickt, charaktervoll und mit ausgeprägtem Pflichtgefühl“. Mit Weitsicht und Gespür für wirtschaftliche Tendenzen erzielt Stolberg hohe Gewinne, die er in neue Ländereien investiert. Durch ein kluges Management hat Graf Otto den Freiraum, sich voll und ganz dem Staatsdienst zu widmen. Mit Unterstützung des preußischen Ministerpräsidenten und Reichskanzlers Otto von Bismarck erklimmt er schnell die Karriereleiter; er schafft es schließlich bis zum Stellvertreter des Eisernen Kanzlers. Seit Jahren ständig dienstlich unterwegs, führt ihn die Pflicht nun nach Berlin. Zu Hause, im Schloss Wernigerode, findet er jedoch stets einen sicheren Hafen – seine Gattin Anna und ihre gemeinsamen sieben Kinder. Zu jener Zeit gilt die gräfliche Familie als die reichste in der preußischen Provinz Sachsen.

Das Schlossleben selbst ist aber weit entfernt von dem eines normalen Arbeiters: Arbeitszeitregelungen gibt es keine. Ein

13-stündiger Arbeitstag, und das nicht selten 6 oder 7 Tage pro Woche unter unwürdigen und öfters unfallträchtigen Bedingungen, ein Sklavenlohn, der gerade fürs Überleben ausreicht, - all das sind Gegebenheiten des damaligen Arbeiterlebens. Die Beschäftigten sind vor Ausnutzung ihrer Arbeitskraft nicht geschützt. Bei schweren Schicksalsschlägen wie Krankheit oder Kündigung sind sie samt ihren Familien sich selbst überlassen.

### Der Kanzler greift an

Die steigende nachvollziehbare Unzufriedenheit des Proletariats lässt sich in adligen Kreisen immer deutlicher spüren. Die herrschende Oberschicht befürchtet Aufstände, womöglich sogar eine Revolution. Die sozialdemokratische Bewegung bildet eine Art Opposition und wird der Elite umso mehr ein Dorn im Auge. Besonderes Missfallen hegt der Reichskanzler Otto von Bismarck.

1878 nutzt er die zwei nacheinander folgenden Attentaten auf Kaiser Wilhelm I., um endlich der immer stärker werdenden Sozialdemokratie einen Riegel vorzuschieben. Er zeigt auf direkte Verbindung der Mordversuche mit der „reichsfeindlichen“ Bewegung und veranlasst seinen stellvertretenden Grafen Otto das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ im Reichstag einzubringen. Dieses soll die Tätigkeit der Partei beinahe unmöglich machen.

### Graf Otto als Impulsgeber

Generell stimmt Stolberg Bismarcks Politik zu. Allerdings sieht er die aktuelle Aufgabe des Staates nicht in Repressionen, sondern in der Lösung der sozialen Frage. Die Familie zu Stolberg-Wernigerode fördert selbst schon früh den Arbeiterschutz. Schon 1873-1874 gründet Otto in seiner Grafschaft eine Arbeiterkranken- und Arbeiterpensionskasse sowie eine Unfallversicherung. Die Mitgliedschaft wird dabei zur Pflicht für alle Arbeiter der gräflichen Betriebe. Arbeitgeber und Arbeitnehmer beteiligen sich jeweils zur Hälfte an der Finanzierung. Obwohl diese Sozialmaß-

nahmen nicht gleich akzeptiert werden, bringen sie eine Erleichterung für die Arbeiterschaft mit. Im Krankheitsfall erhalten die Mitglieder „unentgeltliche ärztliche Hilfe und Arznei und Unterstützung durch Krankengeld“. Für die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts ist das eine gesellschaftliche Neuheit.

1



### In Berlin brodel es

Graf zu Stolberg-Wernigerode zieht seinen Mitarbeiter Robert Bosse ins Vertrauen. Als Ergebnis nimmt er sich die Freiheit und schlägt ohne Absprache mit dem Kanzler im Reichstag vor, das Sozialistengesetz um „positive Reformen“ zu ergänzen – mit anderen Worten also eine allgemeine Sozialversicherung einzuführen. Bismarck ist empört über die Eigeninitiative seines Stellvertreters. Otto fühlt sich zunehmend beengt und sieht keine Möglichkeiten mehr zur Umsetzung eigener politischer Ideen. Nach drei Jahren als Vizekanzler legt er im Sommer 1881 auf eigenen Wunsch das Amt endgültig nieder.

Und Bismarck? Der vollzieht danach selbst einen sozialpolitischen Kurswechsel. Verärgert von der politischen Selbstständigkeit seines Vizes lehnte er die Sozialreformen zunächst ab. Nun erkennt er in Ottos Idee durchaus die Möglichkeit, die Arbeiterschaft weg von der sozialdemokrati-

schen Gefahr und auf die Seite des Staates zu ziehen. Wenn auch eher widerwillig und gezwungen, akzeptiert er die Notwendigkeit der früher von ihm abgelehnten Reform. Das Ausarbeiten und Verfassen der Vorlagen überlässt er unter anderem zwei Juristen, die die Lösung dieser Frage als ihre Lebensmission verstehen: Theodor Lohmann und Stolbergs rechte Hand Robert Bosse, mittlerweile Leiter der sozialpolitischen Abteilung des Reichsamts des Inneren. Somit wird noch unter Bismarcks Kanzlerschaft erstmals die Sozialversicherung auf Reichsebene eingeführt: 1883 zunächst die Krankenversicherung, 1884 die Unfallversicherung und 1889 schließlich die Invaliditäts- und Altersversicherung. Ein Fortschritt für Deutschland und ein Vorbild für Europa.

#### Deutschland wird zum sozialen Vorbild


Das Deutsche Reich wurde in diesem Sinne zum ersten Staat der Welt, der die Arbeiterfrage durch Einführung der Versicherungen gelöst hat. Obwohl es schon vor den 1880-ern Hilfskassen in verschiedenen Orten des Landes gegeben hatte, brachte Graf zu Stolberg-Wernigerode durch seinen Vorstoß im Reichstag erstmals die Notwendigkeit der staatlichen materiellen Fürsorge für die Arbeiter aufs Tapet. Dabei rief er den sozialen Gedanken ins Leben. Die staatlichen Sozialversicherungen sind daher mit den Wernigeröder Vorläufern verknüpft.



Nach seiner Entlassung kümmert sich Otto überwiegend um die Belange seiner Grafenschaft, wo ihn die Nachricht über Bismarcks neuen politischen Kurs erreicht. Dazu wird er sich aber nur kurz äußern. „... die Gesetzgebung des Reichs folgte meinem Vorschlage“ – so lakonisch kennzeichnet er in seinen Lebenserinnerungen eine der bedeutendsten Etappen seiner politischen Laufbahn.

Der Beitrag erschien erstmals in Neue Wernigeröder Zeitung, Ausgabe 22/16, S. 21.

**Bild 1:** Porträt Graf Otto zu Stolberg-Wernigerode. Copyright: Schloß Wernigerode GmbH.

**Bild 2:** Arbeitszimmer des Grafen Otto zu Stolberg-Wernigerode auf Schloß Wernigerode;  Henrik Bollmann, Copyright: Schloß Wernigerode GmbH.

\* Olesya Herfurth  
Übersetzerin, Lehrbeauftragte an der HS Harz,  
Führerin im Schloss Wernigerode  
oherfurth@hs-harz.de

\* Prof. Dr. André Niedostadek, LL.M.  
Professur für Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialrecht  
aniedostadek@hs-harz.de

### 3. Praxismesse Zukunftsnetzwerk

**Praxismesse**  
**Zukunftsnetzwerk**  
**2017**

Mittwoch, 31. Mai 2017  
09:30 - 16.00 Uhr

Hochschule  
Verwaltung  
Studierende

Fachkräfte gewinnen  
Wissen teilen  
Zukunft gestalten

Die „Praxismesse Zukunftsnetzwerk“ ist eine Veranstaltung, die die Studierenden der Verwaltungswissenschaften mit teilnehmenden Behörden in Kontakt bringt. Dadurch wird die Möglichkeit des direkten Erfahrungsaustausches mit Institutionen öffentlicher als auch privater Art ermöglicht. Das kann zur Gewinnung von jungen motivierten Studierenden als sowohl Praktikant/innen wie auch möglichen Arbeit-

nehmer/innen führen. Allen Teilnehmenden/Besuchern wird am 31. Mai 2017 ein interessantes und vielseitiges Programm mit Messecharakter aus Vorträgen zu verwaltungsrelevanten Themen, Präsentationen der Behörden als auch Beratungsangebote der Hochschule und studentischen Vertretern geboten. In Ergänzung dazu erhalten die teilnehmenden Institutionen im Rahmen der Themenbörse die Möglichkeit,

ihre Themenvorschläge für Bachelor- und Masterthesen oder Projekten direkt mit den Kolleg/innen des Fachbereichs auszutauschen und ggf. einer wissenschaftlichen Erarbeitung zuzuführen.

Durch derartige Verknüpfungen können wir gemeinsam dazu beitragen, die öffentliche Verwaltung zukunftsfähiger zu gestalten.

---

Kontakt:  
Hochschule Harz – Fachbereich Verwaltungswissenschaften  
Dekanat  
Frau Heidrun Raabe  
Domplatz 16, 38820 Halberstadt  
Telefon: 03943 659-400  
Telefax: 03943 659-499  
Praxismesse2017@hs-harz.de

## Termine

- ▶ 13. März 2017  
**Orientierungstag für Erstsemester**
- ▶ 15. März 2017 bis 28. April 2017  
**Ausstellung „Fragmente und Fiktion“**  
von Frau Dr. Claudia Schürmeier
- ▶ 15. März 2017  
**Erstsemesterbegrüßung**
- ▶ 27. April 2017  
**Workshop: Methoden und Technologien in der kommunalen Wirtschaftsförderung**
- ▶ 5. Mai 2017 - 14. Mai 2017  
**Europawoche 2017**
- ▶ 31. Mai 2017  
**3. Praxismesse Zukunftsnetzwerk**
- ▶ 10. Juni 2017  
**Campusfieber**  
Tag der offenen Tür, Campusfest, Absolvententreffen
- ▶ 23. Juni 2017  
**Feierliche Exmatrikulation**

## Impressum

### Schlaglichter

Zeitschrift des Fachbereichs  
Verwaltungswissenschaften der  
Hochschule Harz

### Herausgeber

Hochschule Harz  
Hochschule für angewandte Wissenschaften  
Körperschaft des öffentlichen Rechts  
Standort Halberstadt

### Redaktion

Prof. Dr. Jürgen Stember  
Anne Herrmann, LL.M.  
Dipl. Ing. Martina Voigt

### Anschrift

Domplatz 16  
38820 Halberstadt  
Telefon: 03943 659-400  
Telefax: 03943 659-499  
E-Mail: [dekan.vw@hs-harz.de](mailto:dekan.vw@hs-harz.de)  
[www.hs-harz.de](http://www.hs-harz.de)

### Layout

CDLX/Codeluxe, Berlin

### Umsetzung/Druck

KOCH-DRUCK, Halberstadt

### Ausgabe 01/2017

erscheint halbjährlich

### Fotos

Wenn nicht gesondert gekennzeichnet:  
Archiv der Hochschule Harz

### Auflage

2.500 Exemplare

© 2017

Die Beiträge der Zeitschrift sind urheberrechtlich geschützt.  
Jede vom Urheberrechtsgesetz nicht zugelassene Verwertung  
bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Heraus-  
gebers. Bei den Beiträgen handelt es sich um die Meinun-  
gen des jeweiligen Autors bzw. der jeweiligen Autoren.